

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgepaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 121.

Dienstag, den 27. Mai 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Bauernschaft und Militarismus.

Wenn man der konservativen Presse und den konservativen Rednern Glauben schenken darf, dann muß auch in der kleinen Landwirtschaft für alle Militärforderungen eine besondere Begeisterung herrschen. Und die konservativ-landwirtschaftliche Presse läßt es sich denn auch nicht nehmen, von Zeit zu Zeit Fälle von ganz außerordentlicher Opferfreudigkeit einzelner kleiner Landwirte für den Militarismus zu erzählen. Hand in Hand damit geht dann die Behauptung, daß aus der Landwirtschaft nicht allein der größte Idealismus dem Heerwesen von heute entgegengebracht wird, sondern daß wir auch noch immer aus den Kreisen der Landwirtschaft die größte Zahl unserer Rekruten erhalten.

Gestützt wird diese letzte Behauptung von allen Dingen auch durch die dem Reichstag alljährlich zugehenden amtlichen Uebersichten über die Ergebnisse des Heeresergänzungsgeschäftes. Danach waren von 292 155 Eingestellten im Jahre 1911 173 285 Mann auf dem Lande geboren und 118 870 stammten aus den Städten. Nun aber ist das Schema, das diesen Ermittlungen zugrunde gelegt wird, ein recht großes; denn alle Gemeinden unter 2000 Einwohner werden als flaches Land angesehen und die in diesen Gemeinden geborenen Eingestellten den Landbewohnern zugerechnet. Wie verkehrt eine solche Berechnung und Einteilung ist, darauf wurde schon vor einer Reihe von Jahren von hervorragenden Volkswirtschaftlern, unter denen sich Lujo Brentano und Kuczynsky befinden, hingewiesen. Diese beiden Gelehrten zweifelten auch zuerst die allgemein geltende Anschauung von dem Ueberwiegen der militärischen Tauglichkeit der Landbevölkerung an und sie verlangten, daß man den Beruf der Ausgehobenen feststellen sollte. Das würde am deutlichsten erkennen lassen, ob die industriellen und gewerblichen Berufe in der Tat bei der Rekrutenstellung so weit hinter dem Angebot der Land- und Forstwirtschaft zurückblieben. — Als dann eine Erhebung über die Herkunft der deutschen Unteroffiziere und Soldaten am 1. Dezember 1906 bekannt wurde, da fanden jene Zweifel eine Bestätigung. Freilich, nach den einzelnen Aushebungsbezirken gegliedert, überwogen die sogenannten ländlichen Bezirke mit der Zahl der aus ihnen stammenden Mannschaften über die Mannschaffsziffer jener Bezirke, die auch eine namhafte städtische Bevölkerung hatten. Aber dieses Bild, aus dem man sofort wieder eine körperliche Ueberlegenheit der ländlichen Bevölkerung über die städtische und insbesondere über die großstädtische zu folgern bereit war, änderte sich, als man den Beruf der Soldaten feststellte. Diese Zusammenstellung ergab nämlich, daß von 608 905 Mann, die im Heer und bei der Marine in Betracht kamen, 451 360 oder 72,23 Proz. aus dem Bergbau, der Industrie, dem Handel oder anderen nichtlandwirtschaftlichen Berufen hervorgegangen waren, während nur 157 545 oder 25,21 Proz. aus der Landwirtschaft stammten. Und selbst von den Mannschaften, die in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern geboren waren, hatten nur 141 514 oder 35,25 Proz. eine landwirtschaftliche, dagegen aber 250 825 oder 62 Proz. eine nichtlandwirtschaftliche Tätigkeit beruflich ausgeübt. Doch mit diesem Ergebnis wollten sich die Vertreter der besonderen Tauglichkeit „ländlicher“ Gestellungspflichtiger nicht bescheiden und um ihre Behauptung zu retten, verlangten sie, man solle den Beruf des Vaters des Soldaten feststellen. Auch das geschah und ergab, daß von den Vätern von 624 861 Mannschaften nur 222 428 oder 35,60 Proz. einen landwirtschaftlichen, 382 047 oder 61,14 Proz. aber einem anderen Beruf nachgegangen waren. — An der Tatsache, daß von den Angehörigen nicht-landwirtschaftlicher Berufe der Hauptteil unserer Rekruten gestellt wird, ist dann auch nicht mehr zu rütteln. Die amtliche Uebersicht für 1911 muß es selbst zugeben; denn von 292 155 Eingestellten waren nur 82 733 oder 28 Proz. in landwirtschaftlichen Berufen tätig gewesen.

Aber ähnlich wie mit der Behauptung von den größeren persönlichen Opfern, welche die Landwirtschaft für den Militarismus zu bringen haben soll, steht es mit der, daß der Landwirt mit einem ganz besonderen Eifer für jede Heeresvermehrung begeistert ist. Dabei muß vor allen Dingen der gewaltige Unterschied, der auch hier zwischen den Interessen der Großlandwirtschaft und denjenigen der kleinen Landwirte besteht, in Betracht gezogen werden. Der ländliche Großgrundbesitzer, namentlich dann, wenn er zum Adel gehört, ist aus naheliegenden Gründen ein eifriger Verteidiger jeder Rüstungsvermehrung. Nicht allein, daß die Söhne des ländlichen Adels die ihnen in erster Linie offengehaltenen Offiziersstellen vermehrt sehen, der Großgrundbesitzer selbst sieht als Lieferant von Getreide und Lebensmitteln, von Pferden und von Futtermitteln

für das Heer seine Interessen stark anwachsen. Dazu kommt, daß ihn die indirekten Abgaben, aus denen bisher die Hauptkosten für die militärischen Rüstungen gedeckt wurden, nicht derart drücken wie den Kleinlandwirt, der zu meist noch einen Teil der landwirtschaftlichen Schutzzölle mit aufbringen muß. Für den kleinen Bauern fallen auch alle die anderen Vorteile fort, die der große Landwirt vom Heer und von den Rüstungen hat. Für Armeemateriallieferungen kommt der kleine Bauer nicht in Betracht, dagegen bringen ihm die Manöver mit den vielfach ungerechten Schadenabschätzungen für Flurverwüstungen schwere wirtschaftliche Nachteile. Dazu kommt dann noch, daß die Einziehung der Bauernsöhne für zwei und drei Jahre vielen und insbesondere den kleinsten Bauern zumeist eine so schwere Belastung ist, daß darunter besonders hochgestimmte Begeisterungsgefühle für den Militarismus nicht aufkommen können.

Wie schwer der kleine Bauer gerade unter dieser Last des Militarismus leidet, das in wirksamer Weise darzulegen, hat bekanntlich vor einiger Zeit der frühere Zentrumsabgeordnete Dr. Heim versucht. Heim war für die Zentrumspartei immer ein Schreckenskind, er blieb es auch jetzt, als er im Gegensatz zu dem Bewilligungseifer des Zentrums eine ungemein interessante Gegenbemerkung in einer Broschüre: „Um der Gerechtigkeit willen“ machte. Dabei stützte sich Heim auf die straffe Organisation der Bayerischen Bauernvereine und auf die ihm bekannte innere Abneigung des Bauern gegen den militärischen Frondienst. Freilich versucht Heim der Sache dadurch eine harmlosere, weniger militärfeindliche Deutung zu geben, daß er die „Blutsteuer“, der der Landwirt im besonderen Maße unterworfen sei, als berechtigten Anlaß dazu sieht, den Landwirt dafür bei der Besteuerung rücksichtsvoller zu behandeln. Aber in den Bauern selbst, die Heim die Angaben lieferten, muß ein tiefer Unwille gegen den heutigen Militarismus liegen. Das ergibt sich vor allen Dingen auch aus einzelnen Schreiben, die von den Bauern an Heim gerichtet wurden. „Diese Briefe greifen ans Herz!“ heißt es in der Broschüre, die auch einige der markantesten dieser Zuschriften enthält.

Der Kreis der Erhebungen erstreckt sich auf 3926 Gemeinden von Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Oberfranken, Mittel- und Unterfranken und Schwaben. Aus 1457 Gemeinden liefen Antworten ein, die ergeben haben, daß

| | |
|-------------------|---------------------|
| 3 Familien je 9 = | 27 Soldaten stellen |
| 8 „ „ 8 = | 64 „ „ |
| 37 „ „ 7 = | 259 „ „ |
| 142 „ „ 6 = | 852 „ „ |
| 488 „ „ 5 = | 2440 „ „ |
| 1165 „ „ 4 = | 4660 „ „ |

insgesamt 1943 Familien 8302 Soldaten stellen.

Wie davon aber wiederum die kleineren Besitzer am härtesten getroffen wurden, läßt folgende Aufstellung ersehen, bei der die Größe des Grundbesitzes im Gegensatz zu der geleisteten Blutsteuer gestellt ist. Es kommen auf einen Grundbesitz

| von | mit 9, | mit 8, | mit 7, | mit 6, | mit 5, | mit 4 Soldaten |
|-------------|--------|--------|--------|--------|--------|----------------|
| 0—2 Hektar | 1 | 2 | 7 | 25 | 84 | 193 Familien |
| 3—5 „ | — | 1 | 7 | 20 | 95 | 208 „ |
| 6—10 „ | — | 1 | 9 | 33 | 97 | 250 „ |
| 11—15 „ | — | 1 | 6 | 17 | 53 | 128 „ |
| 16—20 „ | — | 1 | 2 | 14 | 40 | 98 „ |
| 21—25 „ | — | 1 | 3 | 6 | 32 | 69 „ |
| 26—30 „ | — | 1 | — | 5 | 21 | 41 „ |
| 31—35 „ | — | — | — | 5 | 15 | 38 „ |
| 36—40 „ | — | — | — | 4 | 15 | 27 „ |
| 41—45 „ | — | — | — | 2 | 2 | 17 „ |
| 46—50 „ | — | — | — | 2 | 7 | 20 „ |
| darüber | 1 | — | 2 | 4 | 11 | 18 „ |
| ohne Angabe | 1 | — | 1 | 5 | 16 | 53 „ |

Zusammen 3 8 37 142 488 1165 Familien

Aber wie beträchtlich außerdem die Lasten sind, die den Soldatenfamilien noch durch die den eingezogenen Angehörigen zugewendeten Geld- und Naturalunterstützungen erwachsen, ist dadurch ersichtlich, daß von 1614 Familien 2 608 816 Mark Zuschüsse geleistet wurden. Doch die Hauptbelastung durch den Militarismus erblickt der kleine Landwirt darin, daß ihm derselbe mit den Söhnen auch häufig die Arbeitskräfte fortnimmt, die dann wieder durch fremde und zumeist teure Hilfskräfte ersetzt werden müssen. Manche Familie wurde auch durch diese Lasten nicht nur schwer, sondern auch dauernd geschädigt und in ihrer wirtschaftlichen Existenzsicherheit bedroht. — Kann es da wundernehmen, wenn auch in der kleinbäuerlichen Bevölkerung vielfach eher alles andere als eine Begeisterung für den Militarismus und für die neuen Heeresvorlagen vorhanden ist, nach deren Zustandekommen die Lasten der Kleinbauern noch wachsen müssen?

Wird man aber dieser begründeten Abneigung gegen den Militarismus dadurch gerecht, daß man — wie Heim — den Kleinbauern steuerliche Erleichterungen ge-

währt sehen möchte? Oder daß der Lohnungsfall um so höher sein soll, je größer die Zahl der aus einer Familie dienenden Söhne ist? Oder aber, indem den kleinbäuerlichen Familien, denen durch den Entzug eines Sohnes die wirtschaftliche Existenz gefährdet wird, Mittel zur Verfügung gestellt werden, um den wirtschaftlichen Untergang zu verhindern? — Alles das, was hier als eine Belastung des Bauern angeführt wird, gilt für die meisten Familien der nichtlandwirtschaftlichen Arbeiterkreise, die durch die Entziehung ihrer Söhne zum Militarismus schwer geschädigt werden. Es kann sich also nicht darum handeln, einem besonderen Stand Erleichterungen von dem Druck dieser militärischen Lasten zu verschaffen, sondern dem ganzen Volk diese Plage zu erleichtern.

Und da kommt neben der strikten Ablehnung jeder weiteren Militärforderung vor allem die Verkürzung der aktiven Dienstzeit in Betracht. Dafür hat auch der Bauernstand das weitestgehende Verständnis. Wer mit der bäuerlichen Bevölkerung zu tun hat, weiß, wie lebhaft man in diesen Kreisen jede Forderung nach einer Verkürzung der Dienstzeit begrüßt. Vor allem kommt das in dem Verlangen der kleinbürgerlichen Bevölkerung nach einem möglichst langen Ernteurlaub der Soldaten, dann aber auch in der tiefen Feindschaft gegen die Einrichtung des Einjährig-Freiwilligendienstes zum Ausdruck. Gerade diese letztere ist es, die den Bauern, dessen Söhne zumeist zwei bis drei Jahre dienen müssen, während die Söhne jener Leute, welche die Angehörigen nicht so dringend im Haus und Geschäft brauchen, nur ein Jahr zu dienen haben, häufig aufbegehren läßt.

Beide Forderungen — zusammen zu der einen verbunden, die aktive Dienstzeit, unter Beseitigung aller Ausnahmen, auf ein Jahr festzusetzen — wurden aber bisher allein von der Sozialdemokratie erhoben und vertreten. Alle anderen Parteien — auch das Zentrum, das die Heimischen Erhebungen und Veröffentlichungen beharrlich toteschwiegen hat — sind gegen diese Forderungen. So wenig sie den Mut gefunden haben, sich überhaupt gegen die Uebernahme der durch die neuen Rüstungsforderungen dem Volke auferlegten furchtbaren Opfer zu wehren, denken sie — wie die jüngsten Beratungen in der Budgetkommission beweisen — gar nicht an eine Verkürzung der Dienstzeit oder an die Aufhebung der Einjährig-Freiwilligen-Vorrechte.

Um so unerforschlicher und zuversichtlicher kann die Sozialdemokratie den kommenden Dingen entgegensehen; denn wenn selbst der Bauernschaft durch diese Umstände klargemacht werden kann, daß sie in ihrem Bestreben, von den militärischen Belastungen erlindert zu werden, allein durch die Sozialdemokratie unterstützt wird, dann bricht auch bald die letzte Stütze zusammen, auf die sich unsere Rüstungsfanatiker und -hezer heute noch glauben stützen zu können. Und daß diese Stütze immer morischer wird, dafür wird der Militarismus selbst am meisten sorgen.

Politische Rundschau

Deutschland.

„Konservative Wahlfreiheit“.

Die „Konservative Korrespondenz“ sieht sich genötigt, jetzt auch Notiz zu nehmen von der Maßregelung eines Hilfsgerichtsdieners durch seinen Landgerichtspräsidenten, weil er bei der Landtagswahl einen sozialdemokratischen Wahlmann gewählt hat. Während die „Kreuzzeitung“ nur in verächtlicher Weise ihre Billigung dieses konservativen Terrorismusaktes auszuspochen wagte, stellt sich die „Konservative Korrespondenz“ rückhaltlos auf die Seite des Landgerichtspräsidenten. Nach der Auffassung der „Konservativen Korrespondenz“ ist es durchaus richtig, einen Wähler zu maßregeln, der nicht so wählt, wie es den herrschenden Klassen paßt. Der „National-Zeitung“, die scharfe Kritik an der Maßregelung eines Wählers geübt hat, wirft das parteiamtliche konservativ-Blatt Begriffsverwirrung vor; die außergerichtlich schnelle Arbeit der Justiz rechtfertigt das Blatt mit der Phrase: „Ein Lot Verbeugung ist besser als ein Zentner Heilung, zumal wenn böse Beispiele gute Sitten verderben“.

Es ist durchaus keine Offenbarung, daß die Konservativen Anhänger eines rücksichtslosen und brutalen Wahlterrorismus sind. Aber bisher haben sie vermieden, sich parteiamtlich zu solchen Terrorismusakten zu bekennen und sie in aller Form zu verteidigen. Daß jetzt die „Konservative Korrespondenz“ parteioffiziell diesen Terrorismus gutheißt, der das „freie Wahlrecht“ aufhebt, wenn es in einer den Junkern oder der Regierungskaste nicht genehmen Weise ausgeübt wird, ist das einzige Neue an der Sache und das verdient immerhin registriert zu werden.

Wie und wann soll die Militär- und Deckungsvorlage verabschiedet werden?

Zu einer sehr lebhaften einständigen Geschäftsordnungsdebatte führte am Schluss der Montagssitzung der Budgetkommission die Frage, wie nun geschäftlich verfahren werden soll. Der Vorsitzende wollte am Dienstag die Petitionen und die zweite Lesung der Militärvorlage auf die Tagesordnung setzen. — Abg. Speck forderte, daß vor der zweiten Lesung der Militärvorlage die erste Lesung des Wehrbeitrages, ev. der gesamten Deckungsvorlage erfolgen müsse, denn ohne Deckung werde er nicht für die Militärvorlage stimmen. — Für die Konservativen sprach sich Abg. Graf Westarp im gleichen Sinne aus. — Der Kriegsminister wünschte, daß spätestens bis Ende Juni die Militärvorlage erledigt wird. — Abg. Basser mann wollte unter allen Umständen erst die Wehrvorlage erledigt sehen, ganz gleich, wie die Deckungsfrage sich dann gestaltet. — Unsere Genossen forderten, daß man vor Entscheidung dieser Frage erst den Fraktionen die Gelegenheit geben müsse, sich schlußfösig zu machen. So lange soll die Entscheidung vertagt werden. — Die Abg. Gröber und Erzberger bestanden darauf, daß ohne Deckung die Militärvorlage nicht zu verabschieden ist. Es sei ganz auffallend, daß die Liberalen ohne jede Deckungsgarantie die Militärvorlage bewilligen wollten. Man könne ja gar nicht wissen, welche parlamentarischen Kombinationen in der Deckungsvorlage zu Stande kommen. Dem sozialdemokratischen Antrag, erst die Fraktionen sprechen zu lassen, stimmten sowohl die Konservativen als auch das Zentrum zu. — Abg. Basser mann glaubte, es sei besser, wenn in einem Zuge Militär- und Deckungsvorlage erledigt werden, als wenn etwa der Reichstag wegen der Deckungsvorlage den Sommer über vertagt wird und dann erst im Herbst wieder die Beratungen aufnimmt. Seine Freunde würden als beste Lösung die betrachten, die eine Reichsbeitragssteuer bringen würde. — Der Kriegsminister wünschte, daß ihm neben den fünf und zwanzig Millionen, die ihm sofort für Bauten zur Verfügung gestellt werden, noch eine Summe zur Materialbeschaffung bewilligt wird. Abg. Graf Westarp erklärte namens der Konservativen, daß ihnen an einer Verschiebung der Deckungsvorlage bis zum Herbst nichts liegt. Ohne dem Reichstag einen Vorschlag zu bieten, wie die Deckung sich gestalten soll, könne man ihm die Verabschiedung der Militärvorlage gar nicht zuzumuten, weil sie doch zum Teil in den Etat hineingearbeitet werden muß. Losgelöst von den übrigen Steuern, könne auch der Wehrbeitrag nicht verabschiedet werden. Auch politische Gründe sprechen dagegen, die Vorlagen getrennt von einander zu verabschieden.

Nach langer Debatte einigte man sich dahin, am Dienstag nur die Petitionen zu verhandeln, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, über die Frage der geschäftlichen Weiterbehandlung der Vorlagen sich beraten zu können.

Ostmärkischer Meißnerhumpf.

In Bromberg hatte sich am Sonnabend der Gesamtanhang des Ostmarkenvereins versammelt. Der Hauptredner war natürlich der bekannte Oberhauptsist „Major“ (ist er einmal gewesen) Gutsbehrer v. Tiedemann-Seeheim, der letzte der drei Wohltäter Hanjemann, Kennemann, Tiedemann, die den Top der Gutsbehrer ins Leben gerufen haben. Diesmal überbot Tiedemann sich selbst. Nachdem zuerst der Berliner Universitätshistoriker Schäfer die Polenverfolgung „wissenschaftlich“ gerechtfertigt und den Kaiser überaus taktvoll für den Ostmarkenverein in Anspruch genommen hatte — was man denn auch in einem Glückwunsch-Telegramm an den Kaiser tat, der doch auch der Polen Landesvater zu sein wünscht — kam Herr Tiedemann und legte los: Erst mal der Polenbojott; der ist eine Folge der Siege der Balkanmächte, die die — preußischen Polen verdreht hätten. Natürlich kein Wort davon, daß die Polen in Preußen doch seit Jahrzehnten von Amts und Rechts wegen bojkottiert sind! Dafür erfährt man aber, daß viele deutsche Geschäftsleute sich die Hafatistenparole „Deutsche kauft bei Deutschen!“ zunutze gemacht hatten, um ihre nationale Kundschafft treudeutsch zu — bemogeln! Gewaltig ärgerlich man sich über die Ablehnung der Ostmarkenzulage durch den Reichstag und forderte ihre Wiedereinstellung in den Etat — nicht etwa für alle Postbeamten im Reich, was der Reichstag der 119 Sozialdemokraten sicher bewilligen würde, sondern wieder nur „als billige Entschädigung für die durch den Nationalitätenkampf ersiehende Wehrarbeit“. Interessant, nicht? Bisher dachte man, die Postbeamten wären für den Postdienst angestellt, aber nicht für den Nationalitätenkampf. . . .

Dem Abg. Korjantz jagte der Oberhauptsist „Hetzreden“, dem polenfreundlichen Grafen Oppersdorff „größte Unwahrheit“, dem nationalitätstheoretischen Landrat a. D. v. Puttkamer und dem konservativen Professor Talbäck (dessen Name mit Puttkamer aufgenommen wurde) gleiche Unkenntnis über die Geschichte der Polenfrage, Herrn v. Puttkamer außerdem „Geistlosigkeit“ nach und alle, die eine versöhnliche Lösung der Polenfrage für möglich halten, nannte er kindisch und albern. Da wird es dem Zentrum und auch dem Freiwort jedenfalls besonders ehrenhaft sein, daß Tiedemann ihnen bezeugt, daß sie sich ihrer deutschen Pflichten zu bewahren wissen. Die Haltung des Zentrums bei den Urwahlen im Osten begrüßt er als ehrenvolle Wendung — ganz recht, hat es sich doch gegen seine politischen Glaubensbrüder auf die Seite der deutschen Kaiserinnen und Sgarrier geschlagen, getreu dem neuen Christentum Roms und Breslauer! . . .

Herr Tiedemann bewies aber auch gediegeneren Zirkel-Sinn. Er jagte in der Tat, daß die preußischen Polen im vollen Besitz aller staatsbürgerlichen Rechte seien, sich aller Segnungen der preußischen Verfassung, der besten der Welt, erfreuen und im Vergleich zu ihren Brüdern in Rußland und Oesterreich golden gekleidet seien! Kann man noch mehr verlangen? Heiß auch es in Bromberg schon sein! —

In diesem Zusammenhang ist es vielleicht interessant, davon zu hören, daß die Hafatisten eine Bewegung im Polenland dadurch befürworteten, daß der jetzige Präsident der Ansehungscommission Dr. Gramsch am 1. Juli zurücktritt und durch den Oberregierungsrat

v. Tilly aus Königsberg ersetzt wird. Ein „Ostmarken-deutscher“ hat in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ darauf hingewiesen, daß man für den milderen Kurs auch den Bund der Landwirte gewinnen wolle und zwar dadurch, daß einem Angehörigen des Freiherrn v. Wangenheim ein gewünschtes Restgut zugesichert sei und daß sogar versucht werde, einem im Ostmarkenverein sehr hervorragenden Herrn dadurch zu gewinnen, daß ihm ein angenehmer Gutstausch in Aussicht gestellt ist. Die „Deutsche Tageszeitung“ weist diese Behauptungen mit großem Nachdruck zurück, sie erklärt, sie seien in ihrem ganzen Umfang das Erzeugnis freier Erfindung, ganz besonders, soweit der Freiherr v. Wangenheim dabei in Frage kommt.

Religion und Geschäft.

Eine saubere Verknüpfung von Religion und Geschäft leistet sich die Annoncen-Expedition Invalidentank, deren Protektor der evangelische „Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen“ ist. Sie verwendet an schlesische Geschäftsleute das folgende skrupellose Zirkular:

„Invalidentank Annoncen-Expedition.“

Breslau, 28. April 1913.

Wir wundern uns, daß Sie bei dem Ueberwiegen der katholischen Bevölkerung in ganz Schlesien nicht eine katholische Zeitung benutzen, sondern Zeitungen, die wegen ihrer Tendenz von keinem guten Katholiken gelesen werden (!).

Wir empfehlen Ihnen als einziges maßgebendes Organ für das katholische Schlesien die „Schlesische Volkszeitung“, die alle (!) gute (!) katholische (!) Zeitung für alle Kreise. Wir bitten ergebenst, eventl. Tarif oder genaue Offerte von uns einzufordern.

Hochachtungsvoll

Invalidentank

Abt. Schlesische Volkszeitung.“

Das etwas offene Rundschreiben spricht ebenso sehr dafür, daß die Zentrumsblätter einer nichtkonfessionellen Partei dienen, als für die Unparteilichkeit einer Annoncen-Expedition, die doch auch mit Zeitungen anderer Richtung ihre Geschäfte machen will. Am saubersten aber ist die Ausnützung religiöser Ueberzeugung für irdische Geschäftsmacherei.

Ein neues Spionagegesetz.

Die „Juristische Korrespondenz“ meldet, daß dem Reichstage bei seinem Wiederzusammentritt nach den Pfingstferien der Entwurf eines Gesetzes gegen den Verstoß militärischer Geheimnisse zugehen werde. Aus Anlaß der zahlreichen Spionagefälle der letzten Jahre ist eine weitere Verschärfung der bestehenden Bestimmungen in Aussicht genommen, vor allem sollen die Strafbestimmungen verschärft werden. Daneben werde die Vorlage aber auch eine weitere Ausdehnung der Spionagebestimmungen auf die Presse bringen, die wegen Verbreitung von Nachrichten, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung liegt, durch das Ausnahmengesetz getroffen werden soll. — Man wird sich besonders diese Bestimmung sehr genau ansehen müssen, um neue Fallstricke für die Presse nicht aufkommen zu lassen.

Die Flottentreiber.

hielten Sonntag in Bremen ihre Hauptversammlung ab. Großadmiral a. D. v. Köster legte sich diesmal einige Zurückhaltungen auf und begnügte sich aus leicht erkennbaren Gründen, der nächsten großen Flottenvorlage solange Frist zu geben, bis der Reichstag die Heeresvorlage geschluckt haben wird. Dann aber sollen schleunigst drei Dreadnoughts und vor allem ein paar Dugend Kreuzer für den Auslandsdienst und für ein fliegendes Geschwader gebaut werden. Herr Tirpitz ward dafür gelobt, daß er die zweijährige Dienstzeit selbst für die Landformationen der Marine abgelehnt hat, dafür wurde Churchills Vorschlag eines Marineferienjahres — unverständlich gescholten. Freilich, wenn man sich einmal ein ganzes Jahr ohne neue Kriegsschiffbauten behelfen müßte, würde man am Ende gar die Überflüssigkeit der steten Rüstungen und vielleicht gar auch noch des Flottensystems einsehen! — Unter den Anträgen forderten auch einige die marinistische Beeinflussung der Jugend, aber man scheint sich über das Was noch nicht klar genug zu sein und stellte die Sache einstweilen zurück. Nächstes Jahr sollen auf Vereinskosten 1000 Lehrer gelegentlich ihrer Kieler Tagung einen Ausflug nach Sonderburg und Mürzik machen. Das ist recht hübsch nahebei und kostet nicht viel. — Admiral Köster konnte die Bemerkung nicht unterdrücken, daß die Besitzer von Schiffbau-Aktien im letzten Jahre reichen Gewinn gemacht haben. Die Werftarbeiter, die wegen der Teuerung höhere Löhne wollen, gehen leer aus.

Ein militärisches Genie.

Der Kaiser hat, wie bürgerliche Blätter melden, seinen Schwiegersohn zum Rittmeister im Rathenowschen Husarenregiment ernannt. Der Prinz ist vor etwas über zwei Jahren in die bayerische Armee als Leutnant eingetreten, kam dann gleich nach seiner Verlobung als Oberleutnant zu den Rathenower Husaren, hat sich seitdem dort ein einziges Mal eingefunden, um mit den Offizieren zu frühstücken, und ist jetzt bereits mit der Führung einer Schwadron in dem Regiment, das er gar nicht näher kennt, beauftragt worden. Wenn der Prinz, dessen hervorragende militärische Eigenschaften sicher außer allem Zweifel stehen, in dieser schnellen Weise weiter befördert wird, dann wird die deutsche Armee recht bald einen Heerführer mehr haben.

Frankreich.

Gegen die dreijährige Dienstzeit demonstrieren in einer Anzahl Garnisonen wiederum Soldaten. In Brive nahmen über 1200 Soldaten an dieser Demonstration teil. — Die Polizei nimmt jetzt Hausdurchsuchungen bei den Arbeitsverbänden vor.

Balkan.

Die Friedensverhandlungen nehmen infolge des Zwistes zwischen den Verbündeten nur einen langsamen Fortgang. Gestern fand in London eine Sitzung der griechischen, serbischen und montenegrinischen Friedensdelegierten statt. Sie entschieden dahin, daß, da die Türkei und die Verbündeten die Ab-

änderungsvorschläge in Händen hätten, der Augenblick günstig sei, offiziell eine Konferenz der Kriegführer einzuberufen, und sie schlugen vor, daß Sir Edward Grey dies tue. Die bulgarischen Delegierten haben an der Sitzung nicht teilgenommen. Die Entschließung ist ihnen jedoch mitgeteilt worden.

Die „Times“ veröffentlichten einen Bericht des griechischen Admirals Kounduriotis, nach dem ein griechisches Geschwader, bestehend aus dem Kreuzer „Averoff“ und mehreren Zerstörern, als es in einer Entfernung von etwa 3 Kilometern an der Küste von Kavalla vorbeifuhr, von bulgarischer Artillerie beschossen wurde. Die Bulgaren, heißt es in dem Bericht, schossen zuerst mit den schweren Belagerungsgeschützen, später beteiligten sich alle Batterien an dem Angriff, ohne indessen zu treffen. Das Geschwader erwiderte das Feuer nicht. Aus Saloniki wird ferner telegraphiert, daß die am Mittwoch und Donnerstag erfolgten Kämpfe zwischen Griechen und Bulgaren schwere Verluste zur Folge hatten. Die Griechen, die sich bisher lediglich auf die Verteidigung beschränkten, nahmen jetzt Stellungen zwischen Struma und Prawischta ein.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 27. Mai.

— **Nächste Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle: Lübeck!** Über die Arbeiten der hiesigen Bau-Deputation (Staatsplatz) ist wegen Nichtanerkennung der hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen die Sperre verhängt. Die Tarifkommission.

Die Warenausstellung, welche der Konsumverein für Lübeck und Umgegend im Gewerkschaftshaus veranstaltet, und die noch heute Abend von 6—10 Uhr geöffnet wird, ist sehr interessant. Sie widerlegt die Behauptung der „Lübeckischen Anzeiger“, in den Konsumvereinen würden die Waren an die Mitglieder zu höheren Preisen als in anderen Geschäften abgegeben, nicht nur gründlich, sondern sie beweist auch, daß gerade das Gegenteil richtig ist. Die ausgefallenen Waren sind bei hiesigen größeren städtischen Geschäften und auch bei Krämerinnen in den Vorstädten eingekauft und mit den dafür gezahlten Preisen versehen. Mit diesen in Vergleich gestellt werden Waren, die der Konsumverein an seine Mitglieder abgibt. Und da kann man durchweg das Resultat finden, daß der Konsumverein wohlfeiler verkauft als die Konkurrenz. Das Amtsblatt, das am Sonntag der Ausstellung seinen Besuch in Aussicht stellte, ist bis jetzt noch sehr schweigsam geblieben; sollte es bisher noch keine Zeit dazu gefunden haben, so wird es hoffentlich heute noch die Gelegenheit dazu benutzen. Allerdings würde ihm dadurch die Möglichkeit, seine Schimpfereien gegen die „sozialdemokratischen Konsumvereine“ zu wiederholen sehr erschwert; aber es könnte doch einige Belehrung erhalten, und die tut ihm wirklich dringend not.

Revisionsrecht bei Einstellung der Invalidentank. Bei der Beratung der Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung war allgemein das Bestreben vorhanden, das Reichsversicherungsamt möglichst zu entlasten. Gegen die Entlastung ist nichts einzuwenden, wenn nicht dadurch die Rechte der Versicherten so beschränkt werden, daß von Rechten im eigentlichen Sinne nicht mehr gesprochen werden kann. Im § 1696 der Reichsversicherungsordnung sind nun für die Invalidentank und Hinterbliebenenversicherung die Fälle genau bezeichnet, in denen das Reichsversicherungsamt als Revisionsinstanz ausgeschlossen ist. Darunter befindet sich auch das „Ende der Rente“. Mangels einer näheren Auslegung und anderen einschlägigen Materials und unter Berücksichtigung der Bestrebungen, das Reichsversicherungsamt zu entlasten, wurde allgemein angenommen, daß, wenn eine Landesversicherungsanstalt eine Invalidentank einstellt, nur die Berufung zum Oberversicherungsamt zulässig und der weitere Rechtsweg an das Reichsversicherungsamt ausgeschlossen ist. Das Reichsversicherungsamt hat nun in dieser Sache eine für die Versicherten sehr wichtige, günstige Entscheidung erlassen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die Vorschrift im § 1696 der Reichsversicherungsordnung nicht auf die Aufhebung der Invalidentank sich beziehen kann, sondern lediglich auf den Fall, daß der Wiedereintritt der Erwerbsfähigkeit und das Aufhören der Rente an sich unbestritten sind und es nur streitig ist, bis zu welchem in der Vergangenheit liegenden Zeitpunkt die Invalidentank gebauert hat und bis wann demgemäß die Rente zu zahlen ist. Unter dem Ausdruck „Ende der Rente“ ist also nicht die Aufhebung der Invalidentank zu verstehen, sondern nur der Zeitpunkt, an dem die Rente eingestellt werden soll. Will also in Zukunft die Landesversicherungsanstalt die Invalidentank einstellen, so steht dem Invalidentanker nicht nur der Weg an das Oberversicherungsamt offen, sondern er kann auch, wenn die Voraussetzungen hierfür vorliegen, noch Revision beim Reichsversicherungsamt einlegen. Nur wenn der Invalidentanker durch den Wiedereintritt seiner Erwerbsfähigkeit mit dem Entzug der Invalidentank einverstanden ist und nur über den Zeitpunkt der Renteneinstellung zwischen ihm und der Versicherungsanstalt Meinungsverschiedenheiten bestehen, gilt das Oberversicherungsamt als letzte Entscheidung.

Ein Referendar, der seinem Vorgesetzten Parteipolitik und Rechtsbeugung nachsagte. Wegen Beleidigung im Sinne des § 187 St. G. B. hat das Landgericht Lübeck am 15. Februar dieses Jahres den Referendar Sophus Jellig Kröger zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Ob im Nichtbeitragsverfall an die Stelle der Geldstrafe eine Freiheitsstrafe tritt, darüber hat das Gericht nicht, wie sonst üblich, in dem Urteil einen Beschluß ergehen lassen; sondern die Entscheidung über die Substitution einer Freiheitsstrafe einem späteren Beschluß vorbehalten. Der Angeklagte war in seiner Eigenschaft als Referendar an dem Gewerbegericht in Lübeck, und zwar in der Gerichtsschreiberei tätig. Als solcher hatte er u. a. insbesondere die Klageanträge entgegenzunehmen. So erschien vor ihm am 27. September v. J. die Sängerin Marie A. von dem Gefangnis „Edeleute“, das an dem Hanftheater in Lübeck engagiert gewesen aber plötzlich ohne Innehaltung einer Kündigungsfrist entlassen worden war. Sie wollte Klage erheben gegen die Direktion des Hanftheaters auf Zahlung der Gage. Der Angeklagte ließ sich den Sachverhalt vortragen, nahm den Klageantrag zu Protokoll und entließ darauf die Sängerin mit dem Bemerkten, sie solle am nächsten Tage wiederkommen. Noch am Abend desselben Tages begab sich der Angeklagte ohne hierzu vom Vorsitzenden des Gewerbegerichts oder der Sängerin A. Auftrag erhalten zu haben, auf die Direktion des Hanftheaters, um diese zur friedlichen Lösung der Angelegenheit zu veranlassen. Im Direktionsbureau traf der Angeklagte den einen Direktor, Gustav G., dem er erklärte, daß er vom Gewerbegericht komme. Als der Direktor ihm sagte, die Sängerinnen hätten die Direktion beleidigt, und seien deshalb mit Recht fristlos entlassen worden, und er, Gustav G., könne ohne seinen Bruder Reinhold G. nichts in der Sache veranlassen, ging der Angeklagte fort und kam in der Nacht abermals auf das Bureau, wo er nun mit den beiden Direktoren weiter verhandelte. Auf die erneute Frage, in welcher Eigenschaft und in wessen Auftrag er denn komme, erwiderte der Angeklagte mit einiger Verlegenheit, er komme halbamtlich. Als die Direktoren meinten, das Ge-

merbegehrig sei für die Angelegenheit nicht zuständig und im übrigen sei die Entlassung mit Recht erfolgt, sagte der Angeklagte: Wenn der Richter einmal die Sache beim Gewerbegericht angenommen hat, dann werde sie auch dort durchgeführt. Sie, die Direktoren würden sicher zur Zahlung verurteilt werden. Denn der Richter sei ein Damenfreund; vor dem hätten schon andere ihr Recht nicht bekommen. Dies sei in Lübeck schon bekannt. Als die Direktoren darauf sagten, der Richter müsse doch nach dem Gesetze urteilen, erwiderte der Angeklagte mit Achselzucken: „Ja, dafür sind wir auch hier in Lübeck.“ Von dieser Unterredung machten die beiden Direktoren ihrem Mitdirektor Fritz Steidel Mitteilung und fragten ihn, ob sie sich das gefallen lassen sollten. Darauf teilte die Direktion dem Vorstand dem Landesgerichtspräsidenten mit und Direktor St. selbst erstattete gegen Rr. bei der Polizei Anzeige. Die Strafverfolgung des Angeklagten hatte dessen bereits erwähnte Verurteilung zur Folge. Das Gericht hat in den hier kurz wiedergegebenen Urtheilungen des Angeklagten über den Vorfall des Gewerbegerichts die Verteidigung erblickt, indem es sagt, der Angeklagte habe dem Richter den Vorwurf gemacht, in den Fällen, in denen Damen Prozesse vor dem Gewerbegericht führen, parteilich gewesen zu sein, also wesentlich das Recht gebeugt zu haben; der Angeklagte habe dadurch dem Richter eine bestimmte, mit dem Ansehen eines Richters nicht zu vereinbarende Handlungsweise vorgeworfen. Auch hat das Gericht nicht angenommen, daß der Angeklagte bei der Art seines Vorgehens berechtigtes Interesse verfolgt hat, und hat ihm deshalb den Schutz des § 193 St. G. B. verweigert. Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt, die er gestern persönlich vor dem Reichsgericht vertrat. U. a. rügte er besonders einen formellen Verstoß, indem er sagte, § 264 St. G. B. sei dadurch verletzt worden, daß die Anzeige des Direktors St. an die Polizei nicht herbeigebracht worden sei. Dies hätte auch ohne besonderen Antrag geschehen müssen; denn die Anzeige hätte nicht dazu dienen sollen, um eine Auslage Steidels zu erlangen, sondern sie hätte in jedem Falle als Beweisstück vorgelegt und verlesen werden müssen. Das Reichsgericht hielt indessen die Rüge für unbegründet und erkannte deshalb auf Verurteilung des Angeklagten.

Schöffengericht am 27. Mai. Eine hübsche Bluse, Spitzenhöschen und sonstige Wäsche im Werte von 31 Mark nahm das junge Dienstmädchen C. ihrer Herrschaft in Israelsdorf weg. Der Diebstahl wurde entdeckt, als die Frau die Kommode des Mädchens nach einer Wafennadel untersuchte. Der Schaden wurde wieder ersetzt, doch mußte die Diebin mit 10 Tagen Gefängnis bestraft werden. — **Uch eine Musede.** Dem mehrfach vorbestraften Hausdiener D. hatten drei Arbeiter in der Herberge ihr Vermögen und einen Trauring zur Aufbewahrung während der Nacht übergeben. Sie hatten sich aber an den Unrichtigen gewandt. Dieser ging um 1/2 12 Uhr nachts nach draußen, um etwas an die Luft zu kommen. Bei dieser Tour juckte ihn die übergebenen 150 Mark. Er suchte deshalb damit das Weite, reiste mit dem ersten Zug nach Hamburg und haute die ungewohnt große Summe auf den Kopf. Wegen Unterschlagung wird er zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. — **Vergehen gegen die Bauordnung.** Der wegen ähnlicher Vergehen vorbestrafte Zimmermann B. ließ in einer Wohnung eine Küche herrichten. Durch eine Fachwerkwand wurde ohne genügenden Schutz ein verzinktes Rohr geleitet, so daß Feuergefahr nahe lag. Zwar unterlagte B. der Frau vorerst die Benutzung des Herdes, doch hatte er sich schon dadurch gegen das Gesetz vergangen, daß er ohne baupolizeiliche Erlaubnis die Küche herrichten ließ. Deswegen wurde ein Strafbescheid von 20 Mark erlassen, gegen den er gerichtliche Beschwerde beantragte. Die Verhandlung wurde zwecks Ladung weiterer Zeugen vertagt. — **Früheren gegen seitigen Streit** beglich der Maurer A. in Brandenbaum damit, daß er eine Bewohnerin der Kolonie verpfändete, die Tür zum Teil zertrümmerte und die Frau blutig schlug. Urteil 1 Monat und 2 Wochen Gefängnis. — **Gemeinschaftliche Körperverletzung** sollen die Brüder G. und der Arbeiter B. an einem Formerlehrling begangen haben. Die Austragung der Verhandlung wird auf später vertagt, um u. a. einen vierten Unbekannten zu suchen. Doch werden zwei der Angeklagten wegen einfachen Hausfriedensbruchs zu je 3 Mark Strafe verurteilt. Diesen hatten sie während der Prügelei dadurch begangen, daß sie im Raufsch in einen umfriedeten Garten gerieten und dem Besitzer, der sie in der Nacht daraus verwies, empfahlen, er solle sich ausziehen und sich nicht um sie kümmern. — **Arbeiter Wochenkarten** der Straße in Bahn dürfen von der Ehefrau nicht benutzt werden. Die Frau H. hatte dieses dennoch getan, wurde wegen Betrugs angezeigt und zu 12 Mark Strafe verurteilt.

Kleine Gewitter entluden sich gestern abend und heute mittag über unserer Gegend. Schäden sind nirgends zu beobachten gewesen.

Beim Spielen in den Elbe-Trave-Kanal gefallen und ertrunken ist gestern mittag kurz nach 12 Uhr unterhalb der Glockengießstraße der 3 1/2-jährige Carl Jahnke. Die Wiederbelebungsversuche, welche sofort bei dem Kinde angestellt wurden, blieben leider ohne Erfolg.

Gestrige Wasserwärme: Krähenteich 18 Grad, Wakenitz 17 1/2 Grad.

Die gefährdete Brennessel doch sehr nützlich. Im allgemeinen betrachtet man in Gärten die Brennessel als gefährliches Unkraut, und man freut sich nicht darüber, wenn sie zahlreich wuchert; aber diese verachtete Pflanze hat auch ihre gute Seite. Die ersten frischen Blätter kann man als Gemüse verwenden. In der Schweinezucht sind die Brennesseln ein nahrhaftes Beifutter für die jungen Schweine, und wenn man für die Hühner über Winter auch mal eine andere Zufut haben will, so soll man im Sommer einen ordentlichen Vorrat von Brennesseln trocknen und davon zerleinert und aufgekühlt mit dem Weichfutter den Hühnern im Winter reichen. Man kann auch, wenn man die Brennesselporräte nicht aufheben will, die frischen Brennesseln den Hühnern vorwerfen.

pb. Verhafteter Schwindler. Festgenommen wurde ein hiesiger Arbeiter, der sich von dem minderjährigen Sohne eines Chauffeurs ein Sparkassenbuch erschwandelte und eine größere Summe von dem Spargelde erhob und für sich verbrauchte.

pb. Nektendiebstahl. Festgenommen wurde ein Arbeiter, der von einem auf dem Marlisbde belegenen Stück Gartenland eine größere Menge Nektenspflanzen im Werte von etwa 30 Mk. gestohlen hat.

pb. Verhaftungen. Festgenommen wurde ein aus Königsberg entwischener Fürstergögling, der in verfloßener Nacht mit einem von Memel kommenden Dampfer hier angekommen ist. — Festgenommen wurde drei hiesige Arbeiter, die mehrere leere Petroleumfässer gestohlen haben.

pb. Ein Viehhändler aus Hamburg, der sich in Mecklenburg für 5000 Mark Vieh erschwindelt hat, wurde bei Ankunft an der hiesigen Viehrampe festgenommen. Das mit ihm gekommene, erschwindelte Vieh, konnte dem Eigentümer zurückgegeben werden. Ein Komplize des Schwindlers wurde in Hamburg festgenommen.

Der Arbeiter-Bildungsverein gibt im Inseratenteil unseres Blattes bekannt, daß Billetts für das Sommertheater in den Stadtballen zu ermäßigten Preisen in der Redaktion und Expedition des „Lübecker Volksboten“ zu haben sind. Wir möchten auch an dieser Stelle darauf besonders hinweisen.

Hamburg. Durch ein Automobil getötet. Beim Überfahren des Fahrbanns auf dem Steindamm wurde die sechs-jährige Tochter Anni der Eheleute Sch. aus der Villustraße von einem Automobil erfasst und zur Seite geschleudert. Das Kind erlitt sehr schwere Verletzungen und wurde ins St. Georg Krankenhaus gebracht, wo es kurz darauf starb.

Aprenade. Preussischer „Kultur“-Kampf. Das Konfitorium in Kiel hat dem Pastor Tonnelsen in Hellewatt untersagt, auf der gestrigen Jahresversammlung des Verbandes nordschleswiger Enthaltensvereine „Abholtsforensing“ im dänischen Vereinshaus Bollshjem einen Vortrag zu halten.

Tschehe. Ein schwerer Automobilunfall, dem drei Personen zum Opfer fielen, hat sich in der Sonntagnacht gegen 1 Uhr am Bahnübergang an der Chaussee zwischen Tschöhe und Heiligenstedten ereignet. Der Chauffeur eines hiesigen Automobilbesizers befand sich mit vier Personen, der 42 Jahre alten Witwe Dostein und drei jungen Leuten, dem Buchbinder Clausen, dem Zigarrenmacher Tiefjes und dem Maschinenmeister Tüntling, auf der Fahrt nach Wilsler, wo ein Feuerwehrtfest gefeiert wurde. Beim Bahnübergang überfuhr das Automobil die geschlossene und beleuchtete Schranke und stieß mit dem gerade vorüberfahrenden Sonntagszug zusammen. Das Auto wurde von der Maschine vollständig zertrümmert. Der Chauffeur, die Witwe Dostein und Clausen sind getötet worden, Tiefjes wurde mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht. Tüntling (oder Tiefjing, wie er von anderer Seite genannt wird) erlitt Verletzungen am Kopf. — Eine spätere Meldung besagt: Das Automobilunglück ist, wie die Untersuchung ergab, durch die Schuld des 32-jährigen Chauffeurs Wrbta, der aus Böden stammt, verursacht worden. Dieser hatte nach reichlichem Genuß alkoholischer Getränke sich ohne Erlaubnis des Besitzers das Auto angeeignet und war dann mit feinen Begleitern in rasender Geschwindigkeit die Chaussee entlang gefahren. In seinem Zustande hat er weder das Licht noch die Eisenbahnstranke gesehen. Als ein Insasse ihn aufmerksam machte, war es zu spät.

Standesamtliche Nachrichten

vom 18. bis 21. Mai 1913.

Eheliche Geburten.

a) **Knaben:** (Name und Beruf des Vaters).
12. Mai. Viehhändler F. K. F. Lufow. 13. Schmied F. A. Litz. 15. Schlachtermeister Ch. F. D. Scheel. 16. Arbeiter C. F. H. Wilms. Arbeiter H. R. F. A. F. F. Grimm. 17. Musiker C. F. W. Rynalt. 18. Kaufmann F. Wüst. Maurer F. C. B. B. Stief. Gärtner C. H. F. Lahh. Stellmacher H. K. W. Gangel. Expedient F. H. Ch. Friß. Kutscher F. H. H. Gode. 19. Schlichtergeselle H. M. F. Stüwe. 20. Arbeiter F. W. D. Wegner. Arbeiter F. W. F. Bolsow. Schlachter A. H. B. Berner. Arbeiter F. C. W. Griefe (Greife). 21. Straßenbahnwagenführer R. A. B. Schmidt. 22. Arbeiter F. W. Schomann.

b) **Mädchen:** (Name und Beruf des Vaters).
14. Mai. Stellmacher C. G. H. F. Klüber. Arbeiter F. R. W. Gohle. 16. Arbeiter F. D. F. Junge. 17. Oberlehrer Dr. phil. R. W. F. Sander. Tischler F. G. C. Wellmann (Zwillinge). Schuhmacher H. G. Ch. Bolle. — **Schwed H. H. G. Jesin.** 18. Milchverkäufer Ch. G. F. Langpap. Zimmermann H. R. R. Kölgert. 19. Schmied B. C. A. Reimer. Friseur A. W. Müller. 20. Schlachter H. Ch. Jürgenjen. Schlosser H. J. F. Köster. Maurer C. A. H. Eggers. 21. Schmied W. A. C. F. Schröder. Heizer F. H. Th. Masen. Schneider C. G. C. Sternbeck. Wirt H. W. F. F. Lufmann. 22. Kunstgärtnergehilfe F. H. H. Goldschmidt. 23. Arbeiter R. H. Schell. Arbeiter F. F. F. Rad. Ingenieur F. R. A. Hedlger.

Angemeldete Aufgebote.

19. Mai. Arbeiter R. H. Bachmann und G. F. J. Kautana. 20. Arbeiter R. F. J. Dühring in Lübeck-Vorwerk und A. R. A. Baumann. Kaufmann W. A. Hermsdorf in Schwarzenbek und A. M. L. A. Grube. Innenarchitekt F. H. Pfirsiche in Köln und C. D. Chr. Algermissen. Präparandenlehrer H. W. Redhardt in Schlüchtern und M. A. Ch. Straterjahn. Artist W. Klypte in Bochum und A. H. F. Schmolling in Elberfeld. Maurer F. H. F. Groth und D. S. J. Bröder, beide in Kröfz. 21. Schlosser D. Schwente in Güstrow und M. H. M. L. Albrecht in Rostock. Zigarrenmacher F. H. F. Schmoor in Siebenbräumen und R. K. C. Müller. 22. Handlungsgeselle A. S. Buxt in Celle und M. S. D. Schmitz. Lokomotivheizer L. H. A. Lönje in Hamburg und F. W. C. Eggers. Chirurgie-Instrumentenmacher H. H. A. Bas'lon und F. H. S. Specht. Elementarlehrer W. D. J. Däker und C. S. D. Niehus in Hamberge. 23. Malergeselle C. R. D. Nd. Pelikan in Fackenburg und C. F. L. Willert. Arbeiter R. Chr. Krümmel und C. M. C. Meins. Kontorist M. Ulrich und Th. C. K. Ranzanici. Kaufmann J. A. R. Fritsche und M. Witt in Neumünster. 24. Schauspieler A. G. F. Blöfz genannt Berton und F. Lewandowski. Opernsänger F. A. A. Langefeld in Charlottenburg und M. C. M. C. Stargardt geb. Wolf.

Eheschließungen.

19. Mai. Schlachtergeselle B. M. F. Stüwe und R. W. F. Rosenow. 20. Schmied R. F. H. Grünmacher und A. A. M. Schürick. 22. Seemaschinist M. C. H. L. Schröder und C. A. M. Nehlsen. Obermaschinenmaat F. C. Baur in Kiel und F. H. A. Schwarz. Arbeiter F. Boroch und F. Wesolowski. 23. Gepächträger R. C. F. Hoehne und M. M. Weyer. 24. Tischlergeselle M. J. Mars und H. K. L. Schröder. Postbote F. F. H. Fehlandt und A. S. F. C. H. Siggelow in Warlow. Arbeiter H. A. F. Rabloff und H. F. M. Walingen. Technischer Eisenbahn-Betriebssekretär J. B. Rasmussen und R. F. C. Weiphal. Arbeiter F. J. G. Dühring und M. D. R. Griefe. Maurergeselle D. A. A. Gohle und R. S. L. Schulz. Profurist G. C. F. Freund in Abo in Finnland und M. M. Diezen.

Sterbefälle.

16. Mai: M. R. geb. Böll (auch Böck genannt), Witwe des Schmieds F. F. Sorgenfrei, 61 J. 17. D. C. H. geb. Böckmann, Ehefrau des Privatmanns Chr. C. C. Ruht, 71 J. A. R. G. Holt, 10 M. 18. W. H. F. Dörwald, 1 J. Gärtner F. H. R. A. Bielefeld, 27 J. L. F. M. geb. Döccins, Witwe des Hausbesizers Ch. W. Stamer, 75 J. Vorarbeiter A. F. Reichelt, 41 J. Ein togebornes Mädchen, W.: Zimmermann J. J. F. Storm. Gelegenheitsarbeiter F. H. A. Krause, 53 J. 19. R. W. W. Wilms, 3 J. Chr. F. W. Günther, 72 J. Bautechniker C. F. J. Bob, 28 J. W. C. L. geb. Meyer, Witwe des Bureaubeamten bei der Handelskammer D. P. H. Soevening, 79 J. E. F. C. geb. Böckmann, Witwe des pensionierten Eisenbahnbeamten F. Chr. C. Fick, 76 J. M. C. C. geb. Becker, Witwe des Privatmanns F. C. D. Schwarz, 63 J. G. C. R. F. Dör, 7 J. Früherer Kaufmann A. H. Th. Diedrichs, 93 J. R. L. D. Köhler, 1 J. 20. Handlungslehrling F. H. F. Kestor, 15 J. A. Stoffers, 10 M. Ein togeb. Knabe, W.: Tischler G. H. D. Th. Böttger. A. M. F. geb. Peters, Ehefrau des Tischlers G. H. D. Th. Böttger, 34 J. G. A. H. Kröger, 8 J. (Gothmund). 21. F. W. H. Lindenberg, 4 M. 22. Geprüfter Lokomotivheizer G. F. W. Kuhl-

mann, 36 J. M. M. M. Wittern, Ehefrau des Kofferträgers F. J. F. Gädte, 43 J. L. M. M. Hildebrand, 4 M. C. M. H. Kellberg, 1 J. 23. Arbeiter A. W. Grimm, 49 J. M. C. F. geb. Bröder, Ehefrau des früheren Vermeisters L. D. F. Rangert, 69 J. Ein togeb. Mädchen, W.: Telegraphenarbeiter A. C. F. Hochholt. R. M. H. Hudoffsky, 7 M. Arbeiter F. H. Chr. Brinkmann, 65 J. Wäckermeister F. C. H. Dechow, 47 J. (Herrnburg). 24. M. D. C. geb. Meier, Ehefrau des Ingenieurs C. H. C. L. Zander, 36 J. Ein Mädchen, 2 J. alt. W.: Kunstgärtnergehilfe F. R. G. Goldschmidt. A. M. Lufmann, 3 J.

Genossenschaftsbewegung.

Die Konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion auf dem Vermark. Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine besitzt seit einigen Jahren drei Zigarrenfabriken, in Hamburg, Frankenberg und Hohenheim. Alle drei Fabriken haben sich mit der Zeit als zu klein erwiesen, jedoch hat eine Erweiterung nötig gemacht. Der Neubau in Hohenheim (Baden) ist jetzt fertiggestellt; er gibt uns Gelegenheit, ein konsumgenossenschaftliche Zigarrenfabrik kennen zu lernen, die sich von Zigarrenfabriken der Privatindustrie in mancher Hinsicht stark unterscheidet. Schon äußerlich macht der ganze Bau bei aller Einfachheit einen vornehmen Eindruck; der Unkundige vermutet hier eher ein öffentliches Gebäude, das kommunalen oder staatlichen Behörden eine Unterkunft bietet, als eine Zigarrenfabrik. An einem freien Plage gelegen, umfaßt das Grundstück eine Fläche von 3275 Quadratmeter, von denen 1400 Quadratmeter bebaut sind. Der Bau selbst ist quadratisch angelegt und nur nach einer Seite hin offen. Die drei Flügel umschließen den großen Innenhof. Die Hauptfassade paßt sich in ihrem Barockgabel der Umgebung (Kirche und Schulhaus) an. Das zum Bau verwendete Material ist solide; die Inneneinrichtungen entsprechen den in Konsumgenossenschaftlichen Betrieben stets genügten hygienischen Ansprüchen. Speiseräume, Badeeinrichtung, Ventilation und Heizung haben die diesen Dingen zukommende Ausführung erfahren. Bei Vollbesetzung des Betriebes können dort rund 800 Personen beschäftigt werden; zurzeit sind es annähernd 600. Die wöchentliche Fabrikation bezieht sich auf rund 700 Milie. Die Löhne sind durchgängig Akkordlöhne nach einem mit dem Tabakarbeiterverband abgeschlossenen Tarif; die Löhne sind gegenüber der Privatindustrie um ein Viertel bis ein Drittel höher. Die Arbeitszeit beträgt 52 1/2 Stunden wöchentlich exklusive Pausen. Arbeiter, die zwei Jahre ununterbrochen im Betriebe beschäftigt sind, haben Anspruch auf achtstägige Ferien unter Fortzahlung des vollen Arbeitslohnes. Kranken- und Invalidenfassenbeiträge werden von der Großeinkaufsgesellschaft getragen; außerdem gehören die männlichen über 21 Jahre alten Arbeiter der Unterstufungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine an. So steht der Hohenheimer Betrieb in jeder Beziehung musterergütig da. Es wird in Deutschland wohl nur wenige Zigarrenfabriken geben, die allen Ansprüchen hygienischer Art, wie auch in bezug auf die Arbeitsbedingungen in dem Maße genügen, wie die Hohenheimer Fabrik der Großeinkaufsgesellschaft. Dieses anzuerkennen, muß jedes Konsumvereinsmitglied freudig bereit sein. Die Bereitwilligkeit möge ihren Ausdruck darin finden, daß der Konsum von Zigarren, die in der Genossenschaftsfabrik hergestellt werden, sich stetig steigere.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Über arge Belästigungen.

Infolge Teppichklappens müssen die Anwohner der Straße An der Mauer zwischen der Stavenstraße und Krähenstraße Klage führen. Entgegen der polizeilichen Verordnung werden auf dem gegenüberliegenden freien Plage von morgens 6 Uhr bis häufig abends 6 Uhr die teppichernen Fußbodenbeläge mit weiterschallenden Schlägen bedacht, die den Schlaf der Anwohner stören und obendrein noch eine sehr unangenehme Staubplage im Gefolge haben. Wenn schon eine Teppichklapp-Verordnung besteht, so sollte sie auch allgemein durchgeführt werden. Öffentlich tragen diese Zeiten mit dazu bei, die Belästigungen abzustellen. J. K.

Literarisches.

„**Kommunale Praxis.**“ Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefozialismus Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68. Vierteljährlich 3 Mk. Jede Woche erscheint ein Heft. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postanstalten entgegen.

Die See-Unfallversicherung nach der Reichsversicherungsordnung, See-Lagsbuchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H. Berlin, Preis 40 Fig. Die von dem rührigen Verlag der Buchhandlung Vorwärts herausgegebene Sammlung der Führer durch die Reichsversicherungsordnung ist nunmehr mit dem vorliegenden Führer durch die See-Unfallversicherung abgeschlossen. Das neue Büchlein schließt sich dem Inhalte und der Form nach würdig den bisher erschienenen Führern an. Es sind das

- I. Die gemeinsamen Vorschriften und das Verfahren. Preis 40 Fig.
- II. Die Krankenversicherung. Preis 30 Fig.
- III. Die Gewerbeunfallversicherung. Preis 30 Fig.
- IV. Die landwirtschaftliche Unfallversicherung. Preis 40 Fig.
- VI. Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Preis 30 Fig.

Jetzt ist als 6. in der Zeitfolge, mit der laufenden Nr. V der vorliegende Führer erschienen. In der Einleitung wird auf die Entwicklung der See-Unfallversicherung Bezug genommen und werden dann alle in Betracht kommenden Vorschriften der See-Unfallversicherung, soweit, wie sie das materielle Recht betreffen, unter eingehender Bezugnahme auf die bisher ergangene Rechtsprechung behandelt. Die Verjährungs-Vorschriften sind in dem oben genannten Führer I eingehend abgehandelt. In diesem Heftchen sind auch eine lange Reihe von Formularen gegeben. In Verbindung mit diesem Führer I ist nun jedes einzelne Gebiet der Versicherung so abschließend behandelt, daß bei aufmerksamem Lesen sich jeder über die in Betracht kommenden Fragen orientieren kann. Aufmerksam lesen muß allerdings jeder die Heftchen. Dazu handelt es sich um viel zu schwierige Materien. Nachdem nunmehr die letzten Führer durch die Reichsversicherungsordnung abgeschlossen vor uns liegen, wollen wir auch nicht verfehlen, auf den großen, vom Verlag des Vorwärts“ herausgegebenen Kommentar der Unfallversicherung (Preis 12,50 Mk.) hinzuweisen. Ueberall hat dieser Kommentar in den Fachzeitschriften lobende Anerkennung gefunden, weshalb auch wir alle die Gewerkschaftsbureaus noch einmal auf diesen Kommentar verweisen wollen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwark. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Mitteilung.

Der infolge Brandunglückes meines Geschäftshauses eingestellte Verkauf wird bis zur vollständigen Fertigstellung meines Neubaus in etwa 14 Tagen vorübergehend in Interims-Räumen in allen Teilen wieder aufgenommen.

Mein Möbelhaus Sandstrasse 24 (Telephon 9012) ist von dem Brande nicht in Mitleidenschaft gezogen.

(4136)

Rudolph Karstadt, Lübeck.

Telephon 9010 und 9011.

Konsumverein für Lübeck u. Umg. e. G. m. b. H.

Anschließend an unsere **Warenausstellung** findet am Dienstag, dem 27. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine

4099

öffentliche Volksversammlung

statt, in der Herr Professor Dr. Staudinger aus Darmstadt über das Thema „Worin äussert sich die Leistungsfähigkeit der Konsumvereine“ sprechen wird.

Bei der stets steigenden Bedeutung der Konsumvereine bitten wir um zahlreiches Erscheinen aller Bevölkerungskreise.

Der Vorstand.

NB. Unsere Warenausstellung ist noch **heute Dienstag**, abends von 6 bis 10 Uhr geöffnet.

D. O.

„Komitee- und
Kommissionssitzungen“

V. u. A.

Donnerstag, den 29. Mai
abends 8 1/2 Uhr

Sitzung

im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Maifeier-Komitee.

Freitag, den 30. Mai
abends 8 1/2 Uhr

Abrechnung

im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Frdl. möbl. Parterre-Zim.

zu vermieten.
4122) Brocksstraße 18, part.

Ein möbl. Zimmer

zu vermieten.
4122) Schwartauer Allee 83 II.

Kleine Wohnung

zu vermieten.
4125) Schumacherstraße 5/6.

Gesucht eine 3-Zimm.-Wohnung

zum 1. Juli. Angebote unter M 50
an die Expedition d. Bl. (4135)

Ein (als neuer Kinderwagen,

braun, auf Gummi, zu verkaufen.
4125) Lanter Köhbern 217.

Ein gut erh. Kinderwagen

zu verkaufen.
4125) Kottwitzerstraße 59, I.

1 knaueblauer Kinderwagen.

mit Kasten, billig zu verkaufen.
4125) Kottwitzerstraße 8, II.

21. Ein- und Zweigewagen und

kleinere Autos zu verkaufen.
4125) Kottwitzerstraße 8, part.

Ein verstellb. Sportwagen

zu verkaufen. Preis 250 RM.
4125) Kottwitzerstraße 10, II.

Zwei Stiebeleitern billig zu ver-
kaufen (4121) Untertrave 67, I.
Tafelbrot ein Logis zu vermieten.

Gebr. Ladeneinrichtung

4122) Johannisstraße 63.

Saubere rüstige Frau empfiehlt
sich zur Aufsicht von Wäscherinnen
4123) Rib. Kottwitzerstraße 56, II.

Abreisenden aufbewahrt u. nach-
gehändelt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien,
Koffer u. m. vom Lagerhaus und
Transporteur **C. Haferbier.**
Schützenstr. 27.

Abreisenden aufbewahrt u. nach-
gehändelt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien,
Koffer u. m. im Lagerhaus u. Expedi-
tionsgeschäft **Hilfeger. 52.** (184)

Dicke frische Flomen 65

bei Abn. v. 2 Pfd. d. Pfd.

Fr. Schweinefl. v. Band 80

u. gep. Eisbeine 60 u. 50

„ dicke Rippen 3. Füllen 80

„ Knochen . . . Pfd. 30

„ Kopf u. Bein . Pfd. 25

Ruhentier Spezialität 65

per Pfd.

Karl Lahrtz, Böttcherstr. 14 16

vom. M. Lahrtz. (4112)

Holsten-Meierei

Fernruf 2336 Wischestr. 44

empfiehlt alle Meiereiprodukte

in bekannter Güte.

Geschäfte, welche **Niederlagen**

übernehmen wollen, werden gebeten,

sich zu melden. (185)

Kühlhaus Lübeck Aktiengesellschaft.

Die Lieferung von Kristall-Kunst-Eis an die Privat-Kund-
schaft beginnt am Montag, dem 2. Juni 1913, morgens. Wir
erbitten Bestellungen auf Eis-Abonnements möglichst umgehend
an unser Bureau, Schwarzenauer Allee 50. Fernsprecher 3111.

„Welt und Wissen“ ist die
Zeitschrift, die wegen
ihres belehrenden und interes-
santen Inhalts, wegen ihrer her-
vorragenden und ihres billi-
gen Preises **und** gen. Preises
überall das größte Aufsehen er-
regt. Es sollte daher niemand
verpassen, sofort
auf „Welt und Wissen“
zu abonnieren. Bestellungen
nehmen unsere Buchhandlung,
sowie unsere sämtlichen Zeitungs-
boten entgegen.
Volksbuchhandlung Gera-R.

Konzerthaus Zünshausen.

Morgen Mittwoch: Großer Tanz. Freitag: Tanz.

**Täglich frischen
Abfall- u. Schnitzzellachs**
Verkauf nachmittags. (4124)
Fischstrasse 31.



Zur Einführung bis Ende 1914
gegen Gutscheine von 5 Pfd. 1
Korallenkette od. 3 neu silb. Tee-
löffel, 10 Pfd. 1 echt silb. Kollier
oder Blusenadel 800/1000 (220)
Schumann & Wille, Wittenberge.

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
empfiehlt
J. H. Stooß, Engelsgrube.

Arbeiter-Bildungsverein.

Zu sämtlichen Vor-
stellungen im Stadthallen-
Theater sind Billetts zu
ermäßigten Preisen in der
Redaktion und Expedition
dieses Blattes zu haben.
4126) Der Vorstand.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband.**
Verwaltungsstelle Lübeck.

Mittwoch, den 28. Mai 1913
abends 8 1/2 Uhr.

Vertrauensleute - Sitzung
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
4137) Die Ortsverwaltung.

**Verband der
Fabrikarbeiter Deutschl.**
Zahlstelle Lübeck.

Unsere am Mittwoch, d.
28. Mai, fällige Mitglieder-
versammlung fällt aus.
4130) Die Ortsverwaltung.

Achtung! Versammlung

der
**bei den Holzspediteuren
beschäftigten Arbeiter**
heute, Dienstag, den 27. Mai
abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Regelung der Kohnarbeiten.
2. Verschiedenes.
4131) Der Vorstand.

NB. Das Erscheinen der Kollegen
ist dringend erforderlich. D. O.

Wahlverein Enten

Am Mittwoch, dem 28. Mai
abends 8 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung
Wegen Wichtigkeit der Tages-
ordnung muß jedes Mitglied er-
scheinen
4139) Der Vorstand.

Lübecker Sommer-Theater

i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert
Mittwoch, den 28. Mai:
Zum zweiten Male:
Mamzelle Nitouche.
Zum 2. Akt: Balletteinlage.
Donnerstag, den 29. Mai:
Das kleine Schokoladenmädchen.
Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr. Auf. stets 8 1/2 Uhr.
Vorverkauf bei Nagel, am Markt
und Busa, Breite Straße. (4127)

An die Parteigenossen im Fürstentum Lübeck.

Unsere diesjährige Generalversammlung für das Fürstentum Lübeck findet am Sonntag, dem 1. Juni, morgens 9 1/2 Uhr, in Ahrensböf, im Lokale des Herrn Fr. Strehle statt.

Tagesordnung:

1. a. Bericht des Zentralvorstandes; b. der Ortsvereine; c. der Kontrollkommission.
2. Die politische Lage. Ref.: Joh. Stelling-Lübeck.
3. Abänderung der Wahlkreisstatuten.
4. Anträge und Stellungnahme zu den Parteitagen.
5. Wahlen.
6. Verschiedenes.

Die Generalversammlung ist öffentlich, jeder Genosse hat das Recht, an derselben als Zuhörer teilzunehmen.

Stockelsdorf, den 28. April 1913.

Der Zentralvorstand.
J. A.: Heint. Fick.

Was ist und was bedeutet Versicherung?

Zur „Volksfürsorge“.

Nachdem anscheinend die privaten Versicherungsgesellschaften und die schleunigst ins „Leben“ gerufenen patriotischen Gründungen sich notdürftig soweit vorbereitet haben, daß sie ihren Betrieb gleichzeitig mit der von den deutschen Gewerk- und Genossenschaften geplanten „Volksfürsorge“ beginnen können, hat die Regierung — oder formell das Aufsichtsamt für Privatversicherung die Prüfung des Volksfürsorgeplanes „zufällig“ gerade soweit gefördert, daß sie dem Gesuch der Gewerk- und Genossenschaften stattgeben konnte. Nun werden die privaten Versicherungsgesellschaften in verstärktem Maße auf die arme Bevölkerung losgelassen werden und mit noch größerer Zungenfertigkeit den armen Dienstmädchen, die bisher noch nicht in das Garn der kapitalistischen Versicherungsgesellschaften gegangen sind, die „Versicherung“ aufschwätzen, zur Not auch mit der Lüge und der Vorspiegelung, als handle es sich bei ihnen um die Volksfürsorge.

Bis dato haben die Versicherungsgesellschaften sich um das „Volk“ nur insofern gekümmert, daß sie es als willkommenes Ausbeutungsobjekt betrachteten. Denn die Volksversicherungen mit den monatlichen oder wöchentlichen Prämien spekulieren ja hauptsächlich darauf, daß sie eingegangen und nach einigen Jahren wieder aufgegeben werden, da dem Versicherten eben leicht und leicht auch zumeist die Huße oder die Geduld ausgeht. Dann „verfällt“ die ganze gezahlte Summe, und das ist für die Gesellschaften ein glänzendes Geschäft. Die „Versicherten“ bekommen dabei also so gut wie nichts heraus, denn diejenigen, die durchhalten, kann man fast an den Fingern herzählen. Schon der Umstand, daß die Versicherungsgesellschaften, denen bisher das Feld ganz allein überlassen war, nunmehr ihr gutes Herz entdecken und meinen, eine „Volksversicherung“ einrichten zu müssen, beweist, daß sie bis her eine solche nicht hatten! Es ist daher klar und durchsichtig, weshalb sie jetzt plötzlich herausfinden, daß sie den „Versicherten“ nicht bloß

das Fell über die Ohren ziehen könnten, daß sie für diese etwas tun, daß sie sie zur Not sogar wirklich versichern müßten!

Die Konzessionierung der Volksfürsorge und ihre Geschichte ist zwar an sich so interessant, daß sie allein der gründlichen Betrachtung wert wäre. Wir wollen das hier aber außer Betracht lassen und uns vielmehr mit der Frage beschäftigen, was denn eigentlich eine Versicherung ist, worauf sie beruht, welche Funktionen sie erfüllt und inwiefern sie eine segensreiche Einrichtung sein kann.

Auch die alten Völker haben gewissermaßen ihre „Versicherung“ gehabt. Allerdings sah die sehr primitiv aus. Sie wollten den Schaden, der ihnen zustoßen konnte, dadurch abwenden, daß sie sich die Götter gewillt machten, sie brachten zu dem Ende „Opfer“, opferten also einen Teil ihrer Habe, um von dem Ganzen die Schäden abzuwenden. Und eigentlich sind auch alle Vorbeugungsmaßnahmen, wie z. B. die Anbringung von Blitzableitern, die Herstellung von Dämmen und Deichen, Versicherungen. Aber sie tragen doch einen ganz anderen Charakter als die Maßnahmen, die wir heute als „Versicherung“ bezeichnen. Denn jene Opfer und Vorbeugungsmaßnahmen sind nicht unbedingt wirksam, sie sind sogar, wie im Falle des Gottesopfers, selbst für die Gläubigen von sehr fragwürdiger Natur. Die richtige Versicherung begnügt sich nicht mit dem wahrscheinlichen Erfolg, will nicht abhängig sein von Zufall oder gutem Willen, sie will sich einen unumstößlichen Anspruch auf Schadenshaltung erwerben.

Die Idee der Versicherung bedingt, daß nicht der einzelne sie einrichtet, der sie gerade braucht, sondern daß er sich mit anderen, die in der gleichen Lage sind, zusammenschließt und von ihnen Verluste brüderlich teilt, ganz gleich, ob er von ihnen betroffen wird oder nicht. Man hat das schon früh begriffen und demgemäß Versicherungen eingerichtet.

Bei der Betrachtung der möglichen Versicherungsarten muß man nun zwischen den Fällen unterscheiden, bei denen ein Schaden oder ein Ereignis, gegen das man sich versichert, früher oder später unfehlbar eintreten muß, und solchen, bei denen ein Schaden eintreten kann, es aber nicht unbedingt braucht. Ein Brand kann jeden betreffen, er braucht es aber nicht, der Tod jedoch trifft jeden einmal. Und wenn sich jemand dagegen oder gegen unerwünschte Folgen versichert, so müssen die Grundlagen dieser Versicherung naturgemäß ganz verschiedenartig sein. In jedem Falle hat die Versicherung das Gute, daß man eintretende Verluste nicht auf einen Schlag zu ertragen braucht, sondern daß man sie durch die Versicherung in Teilverluste zerlegt, die man von vornherein drangibt. Wer das Glück hat, von dem Brandverlust verschont zu bleiben, hat seine Beiträge umsonst gezahlt. Wirklich umsonst? Insofern, als er nichts wieder herausbekommt, natürlich! Aber ebenso gut wie seinen Nachbarn konnte ihn der Brandschaden treffen, und dann wäre er ohne Versicherung ruiniert gewesen. Es ist aber nicht anzunehmen, daß alle Versicherten, besonders wenn ihr Kreis recht groß ist, zugleich von einem Blitz- oder Brandschaden betroffen werden. Das wird sogar um so weniger zu befürchten sein, je größer der Bezirk ist, auf den sich die Versicherten verteilen, und je größer die Zahl der Versicherten selbst ist. Das ist auch aus einem anderen Grunde sehr wichtig. Denn die Verwaltungskosten verringern sich naturgemäß, wenn sich recht viele zusammenschließen. Die Verwaltungsarbeit ist im allgemeinen bei 50 000 Versicher-

ten nicht doppelt so groß wie bei 25 000, sondern viel geringer, so daß an den Verwaltungskosten, die ja natürlich auch von den Versicherten getragen werden, gespart wird.

Die Versicherung beruht auf der Tatsache, daß alle Erscheinungen des Gesellschaftslebens wie auch die Naturerscheinungen, mit einer gewissen Regelmäßigkeit erfolgen. Das ist ja bekannt. Die Geburtenzahl im Deutschen Reich wechselt nicht so sprunghaft, daß in einem Jahre nur ein Viertel soviel Menschen geboren werden wie im vorausgegangenem, sondern die Zahlen sind sich alle Jahre annähernd gleich. So ist auch bei den Sterbefällen, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse wie große Seuchen, Krieg, große Katastrophen wie das Erdbeben von Messina u. dgl. eintreten. Man weiß daher von vornherein, wieviel Menschen im nächsten Jahre etwa sterben werden. Diese Regelmäßigkeit in den Erscheinungen des Gesellschaftslebens zeigt sich auch noch in viel kleineren Gruppen. Auch in einer Bevölkerungsgruppe von 100 000 Personen ist sie noch zu beobachten, während schon bei 100 Personen die zufälligen Vorkommnisse zu stark in den Vordergrund treten und das allgemeine Bild trüben. Schließen sich also 100 000 Personen zu einer Lebensversicherung zusammen, so weiß man vorher, wieviele davon in den einzelnen folgenden Jahren sterben werden. Natürlich nicht genau, aber doch so genau, daß man vor unangenehmen Überraschungen geschützt ist. Man ist daher in der Lage, vorher die Höhe der Kostenbeiträge festzusetzen. Diese Kostenbeiträge heißen die „Prämien“. Sie begreifen in sich alle entstehenden Kosten und bei den Versicherungsunternehmen auch die Gewinne, die die Aktionäre bekommen. Bei den genossenschaftlichen Versicherungen fließen die Gewinne, die aus den zu hoch angelegten Prämien stammen, wieder in die Taschen der Versicherten zurück oder werden ihnen gutgeschrieben. Natürlich wird keine Versicherung alles zurückgeben, denn es ist ja notwendig, für unvorhergesehene Fälle einen Reservefonds anzusammeln, aus dem im Notfall Zuschüsse entnommen werden können. Diese Reservefonds sind auch gesetzlich vorgeschrieben.

Da die Gewinne der Versicherungsunternehmen um so größer werden, je umfangreicher der Kreis der angeschlossenen Versicherungsnehmer ist, entfalten die Gesellschaften eine erhebliche Propaganda, die sehr teuer ist. Sie zahlen ihren höheren Beamten und den Agenten gehörige Anteile an jeder Versicherung. Bei manchen Versicherungsformen erreichen diese Provisionen die Hälfte der von den Versicherten gezahlten Summen! Da die Gesellschaften außerdem aber noch sehr hohe Dividenden zahlen (10 bis 25 Proz. und mehr!), so kann sich jeder ausrechnen, was von seinen Prämien für ihn selbst verbleibt. Für den eigentlichen Zweck der Versicherung bleibt also nur ein kleiner Bruchteil übrig, das andere ist für den Versicherten alles unproduktiv und überflüssig. In Wirklichkeit ist solche Versicherungsanstalt eine glänzende Versicherung, aber nicht der „Versicherten“, sondern der Aktionäre!

So weist also nicht bloß die gemeinnützige Natur der Versicherung, sondern auch die Praxis der Geschäftsführung darauf hin, daß die Verwaltung von den sich Versichernden selbst geführt oder wenigstens durch eigene Beamte ausgeübt werden muß. Es ist also eine der vornehmsten Aufgaben der Genossenschaften, sich dieser wichtigen Tätigkeit zuzuwenden. In der Tat gibt es auch

Steuermann Worringer.

Novelle von Louise Schulze-Brück.

(2. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Hessemer,“ sagte er finster, „s gut, daß mer hier emol ekkän sind. — Das Volk do driwwe,“ er wies verächtlich mit dem Daumen nach der Insel, „des kommt so ball net wider. — Und do will ich der was sage — was, was kää Mensch zu höre braucht.“ Hessemer, loß der's net eifalle, noch ein äänzigmal dem Greta schee zu dhuel! Laß der's net eifalle, mit r zu scharmuziere und sie unzufriede ze mache un ihr Flauje in'n Kopp ze sehe. — Des Geschwäh und Gedhu im Hof, des hot jo jekt uffgebert.“ — er lachte böse — „dafür sind ä paar Stään und eppes Speis*) genug! — Wower wann ich dich erwisch — erwisch, daß de um se erumstreichst wie ä Kater, daß du hinner er drin bist, do hüt dich! Süt bei gesunde Knoche und loß der dei Lewe lieb sein. — m Worringer sei Fraa, die is kää Brode for so äinne wie du.“

Er hob ein wenig die eiserne Faust auf und schüttelte sie drohend. Dann saß er unbeweglich, zusammengesunken, aber den andern starr ansehend.

Der war rot geworden. Eine tiefe, feurige Röte, die bis an den Hals hinunterging. — Dann fing er an zu sprechen: „So ääner wie ich? — Rebb net so, Worringer! — Was bin ich dann für ääner? Wann ich aach net dä reich Worringer bin und aach net alles dorchehe kann, wann ich aach net mit mei'm Geld mer e Fraa taafe kann, weil's mer mol ä Wageblid jo vorkommt, als mißt ich gerad die hawwe, obder weils no grad Zeit is, daß ich mer äne nimm, for mei Haus in Ordnung zu halte, deswege bin ich doch net „so ääner!“ — Ich bin dä Hessemer, und wann du mer aach mei Schah gestohle höst und höst des Greta seiner Mutter abgetaast und höst aus m lustige, scheene Mädche ä arme, verkehrte Fraa gemacht, die sich fercht vor dir, wann der derhäm bist, und drei Kreizer hinner der macht, wann du fortgehst — deswege brauchschte mer doch net ze drohe und dich uffjepille. — Daderfor gebb ich kää Bohn! Wann du gut wärscht gege's Greta und dhätscht es uff Hanne trage und dhätscht des abverdene, was du ihr schullig bist, daß du's geheirat höst, ohne daß es dich gewollt hot, do könnt mer Reschpekt vor dir hawwe! Wower jo!“

Aus der Brust des anderen kam ein Stöhnen. — Aber der achte nicht darauf. Er hatte sich in Eifer geredet. — „Du brauchschst net zu mäane, daß ich was Unrechtes dhuel.“ — „Sind jekt fünf Johr her, daß des Greta dei Fraa is! Do

vergift sich allerlä. Do lern mer sich siege. Dafür is es Lewe zu scheen, daß mer ewig trauere soll. Ich hab's immerstanne, des Rää! Und wann du deiner Fraa helpe dhäst, do hüt sie's aach schon iwwerstanne! — Wower du, do bistst jo wie ä Wilder! Du määnst, wann se e bißche lustig is und sich ä bißche buht, des wär schon Sünd gedhan. — Du höstst allsfort Angst, s dhät deim gudde Name und deim Kennomeß was ze Leid gechehe. — Wads' nur so weider! Sperr dei Fraa in und mauer dei Hof zu! — Ihr Gedanken kantschte ihr doch net aus m Kopp reiße und net ihr Herz aus der Brust, Worringer! Und ich loß mer niz vun dir befehle! Ich wää, was ich ze dhue hab!“

Steuermann Worringer saß vornübergeneigt im Boot. Sein rotes Gesicht war ganz erbläst, aus seinen Augen schöß ein Strahl von Haß.

„Dot mach ich dich, wann ich dich erwisch. — Du sollst mei Fraa gehe löse.“

„Berrikt bistst du!“ rief der Jüngere in hellem Zorn. „Ich will niz vun deiner Fraa! — Du höstst mir niz ze befehle! Du brauchschst je net zu hüte! Sei ordentlich gege dei Greta, do hüt es sich selwer. Ich kann es net abstumpe, wann es mit mer redde will. Und ich will's aach net. Und wann es des ä bißche treest, daß es als emol fröhere Zeihde denkt und dervon redd, des will ich m net nemme! Und vor dir fürcht ich mich noch lang net!“

„Es hot niz anneres meh ze denke,“ murmelte Worringer. — „Es is mei Fraa.“

„Ä Fraa is lei Steuerruder! Du kantscht se net rechts und links und vor und jericd drehe, wie du grad willst. Und wann des prowierst, do prowierst du's zu dein'e eigene Schade! — Laß das Prowiere sein, Worringer.“

Es war dunkel geworden. — Der Mond war herausgekommen, und sein Schein warf eine silberne Straße über das Wasser. Die Fremden auf der Insel waren ganz still. — Sie saßen auf der Spitze des Inselchens und schauten auf den flutenden Strom. — Vom anderen Ufer kam ein Rahn mit lustig singendem Volk. Ganz deutlich klang es herüber:

„Bei Rudesheim da funktelt
Der Mond ins Wasser hinein
Und haut eine goldene Brücke
Wohl über den grünen Rhein.“

Und drüben am Ufer legte ein Schiff an mit hellen Fackeln, Musik klang leise herüber und einzelne helle Stimmen — verwehte Laute. — So zauberlich war der Abend, daß die laute Lust der kleinen Gesellschaft still wurde. Still stiegen sie in den Rahn, der nun langsam, von keinem Ruderschlag bewegt, abwärts trieb. — Nur einmal sagte eine Frauenstimme traumverloren: „Wie herrlich ist's hier! Wer hier wohnt, muß ja glücklich sein!“

Niemand konnte Steuermann Worringers Gesicht sehen, der dem Mondschein den Rücken drehte. Nur eine läche Bewegung ging über die massive Gestalt, die am Steuer saß. — Und etwas wie ein Knurren oder ein Brummen wurde hörbar.

Die Dame, die gesprochen hatte, wendete sich jetzt zu dem jüngeren Schiff: „Sie sind doch gewiß auch immer lustig,“ sagte sie lächelnd. — Der hübsche Burche hatte ihr gefallen. — Aber er zuckte nur die Schultern: „Immer? No, s bassiert! s hot halt jeder sein Kreuz ze trage! Nach am Rhein! Der hält s Rää aach net ab.“

Der Pfingstmorgen kam strahlend blau herauf. — Die Hotels am Rhein hatten wehende Fahnen aufgehißt, ein bunter, lauter Menschenstrom trieb am Rheinufer auf und ab. — Unter der Lindenallee wogte es, allerhand Parfüms mischten sich mit dem starken Duft der blühenden Linden. — Lustig bewimpelte Schiffe mit Musik an Bord schwammen schon vom frühen Morgen rheinauf und rheinab. In den Gärten und Beranden am Rhein entlang frühstückten fröhliche Touristen, der Weg nach dem Hochsberg war schwarz von Menschen, und fast ununterbrochen stießen gedrängt volle Rähne vom Ufer ab, um nach Rudesheim überzugehen. —

Durch den bunten, lauten Schwarm hinburh ging der Steuermann Worringer. — Im neuglänzenden dunkelblauen Anzug mit dem Delto über dem Arm, die Mütze tief in das scharfgeschnittene Gesicht gezogen, sah er statlich aus. Er hatte heute einen schweren Tag. — Außer seiner gewöhnlichen Fahrt sollte er auch noch ein Extrajahrt führen. Das war ja ehrenvoll und freute ihn. — Aber er wäre doch lieber am Nachmittag zu Hause geblieben. Es war Kirchweih, und Greta würde sicherlich sein Fortsein benutzen, um nach dem „Kerb“ zu gehen, mit dem Kind auf der Reitschul zu fahren und an den Gläubigen sich herumzudrücken. — Freilich, der Hessemer würde heute nicht da sein. Der hatte am ersten Pfingsttag alle Hände voll zu tun. — Da stand er gerade fest und lustig mit den Fremden, die sie gestern abend gefahren hatten. Er ging langsamer, vielleicht hörte er noch, wie sie ihn zu einer Rahnpartie bestellten. — Aber der lachte und schüttelte den Kopf.

„Nee, uff'n erschte Pfingsttag net! — Do will ich aach mei Pfäffer hawwe! Do is Kerb! Do nehme Se sich äne, dä lei Pfäffer braucht. Do — do is jo grad dä Worringer.“

Steuermann Worringer empfand etwas wie einen Schlag ins Gesicht! Einen Augenblick lang sah er rote Flammen vor den Augen. Es zuckte ihm in den Fäusten. Er tat einen Schritt nach dem Spötter hin. — Aber er besann sich. — Er ging weiter. — Das Schiff war schon in Sicht, die Pflicht rief, und der — der da tief ihm nicht fort. Den konnte er

*) Mörtel.

Die große Reihe solcher Versicherungen. Aber in steigendem Maße hat sich das private Kapital der Versicherung bemächtigt und läßt sie als ein eintägiges Geschäft. Daß dabei von diesen Privatunternehmungen auch für viele die Segnungen ausgehen, ist eine Beigabe, um deren willen aber eine Erwerbsgesellschaft ihrer Natur nach eine solche Aufgabe erfüllt. Für sie ist der Gewinn- gesichtspunkt allein maßgebend. Bei den genossenschaft- lich organisierten Versicherungen ist das nicht der Fall; sie bestehen nicht um des Gewinnes willen, sondern allein und ausschließlich wegen der Versicherung ihrer Mitglieder, also wirklich wegen des Zweckes. Sie schützen ihre Mitglieder, soweit das im Rahmen der menschlichen Gesellschaft und nach den der Genossenschaft gesteckten Grenzen überhaupt möglich ist — vor Zufälligkeiten, die so mannigfaltig das Leben und die wirtschaftliche Existenz des einzelnen bedrohen. Hier kann der Genossenschafts- gedanke eine seiner schönsten Blüten zeitigen, das Ein- treten jedes für alle und aller für jeden!

Aus dem Umstände, daß jemand, der nur wenige Jahre erst eine im ganzen verhältnismäßig geringe Summe gesteuert hat, im Schadensfalle die ganze Ver- sicherungssumme ausgezahlt erhält, schließen viele, daß sie bei der Einrichtung etwas geschenkt bekommen. Das ist selbstverständlich nicht der Fall. Sie bekommen nur deshalb mehr heraus, weil eben andere — und das ist die Mehrzahl — weniger bekommen. Was der eine zu wenig zahlt, müssen die anderen zu viel zahlen. Es ist daher auch völlig ungerechtfertigt, wenn jemand, der vorzeitig aus einem Versicherungsverhältnis austritt, seine Einzahlungen voll zurückverlangt. Das ist un- möglich, denn im Falle einer Lebensversicherung z. B. sind aus seinen Prämien ja schon außer den Verwal- tungskosten die Summen gedeckt worden, die an die Erb- folger der zu früh Verstorbenen gezahlt werden mußten. Sein Verlangen widerspricht dem Versicherungsgedan- ken vollständig, und er muß sich mit einer niedrigeren Rate abfinden, die festzusetzen eine nicht von jedermann lösbare versicherungstechnische Aufgabe ist.

Es würde zu weit führen, alle die Formen der Ver- sicherungen auseinanderzusetzen oder auch nur zu er- wähnen. Schon die Lebensversicherung kann in der ver- schiedensten Gestalt auftreten, als einfache Lebensver- sicherung, als Rentenversicherung, und diese selbst wieder in hundertfacher Weise. Das interessiert uns hier weniger. Viel wichtiger ist die Erkenntnis, daß die segensreiche Einrichtung einer Versicherung am vortheilhaftesten durch genossenschaftliche Verbände mit Selbstverwaltung ge- schieht, wie sie durch die Gewerkschaften in ihren Arbeits- lösen und anderen Unterstützungen teilweise ja schon verwirklicht ist. Bei der Volksfürsorge wird die Ver- waltung dadurch noch besonders billig sich gestalten, weil die Propaganda ziemlich kostenlos sein wird, denn sie wird in den Konjunktionsgesellschaften und den Gewerk- schaften durch die Mitglieder selbst betrieben werden. Und diese fleißig zu betreiben, dafür wird die Erkennt- nis sorgen, daß je größer der Kreis der Versicherten ist, um so verhältnismäßig geringer die Verwaltungskosten und desto größer die Vorteile für die Versicherten selbst sein werden. Die Folgerungen, die sich daraus für die Agitation zur Beteiligung an der Volksfürsorge ergeben, wird nun jeder Leser selbst zu ziehen wissen!

Die Militärvorlage in der Budgetkommission.

In der Montagsitzung der Kommission wurde zunächst über die Vermehrung des Sanitätspersonals debattiert, wobei Genosse Noske den erheblichen Mangel an Ärzten beim Heer beanstandete und den militärischen Geist der Sanitäts- offiziere kritisierte. Wenn ein kranker, heftiger Soldat nach seiner Genesung deshalb mit Arsen bekräftigt wurde, weil er beim Besuch des Arztes nicht die Hände stramm auf die Bettdecke gelegt hatte, so sind das doch unhaltbare Zustände. — Abg. Müller-Meinungen beklagte gleichfalls den Ärztemangel und die mütterliche Behandlung der jüdischen Ärzte. Solche Zustände verurtheilen den großen und gefähr-

lichen Ärztemangel. Der Ärztemangel in der Armee, der die Verhältnisse werden sich in nächster Zeit wesentlich bessern, Juden werden nicht von der Sanitätsoffizierslaufbahn aus- geschlossen. Der Besuch, Zivilärzte unter Erstattung ihrer Studienkosten für den Heeresdienst zu gewinnen, ist gehei- tert. Der Militärarzt soll zum militärischen Patienten ebenfalls in einem Vertrauensverhältnis stehen, darum steht ihm im Frieden auch keine Disziplinargewalt zu. Daß die Sanitäts- offiziere nicht durchgängig den Frontoffizieren gleichgestellt sind, gab der Minister zu, das soll aber angeblich in ihrem eigenen Interesse liegen. — Die Abgg. Erzberger, Ba- sermann und Speck befragten gleichfalls lebhaft die Mängel im Sanitätswesen. Es wäre sehr interessant, zu er- fahren, wie viele Offiziere Sanitätsoffiziere als Hausärzte hatten. Da würde die Wertschätzung, deren sich die Sanitäts- offiziere erfreuen, recht drastisch illustriert werden. — Genosse Stüdemann wies auf die unbestreitbare Tatsache hin, daß Sanitätsoffiziere so gewissermaßen Offiziere zweiter Klasse sind. Dem Duellunfähigkeit unter den Schülern der Kaiser-Wil- helm-Akademie, die ja hauptsächlich die Sanitätsoffiziere stellt, müßte gesteuert werden. — Von einer Duellgesetzerei auf dieser Akademie weiß der Minister nichts, nur das Mensurwesen sei im Schwange. Er und seine Familie lassen sich nur von Militärärzten behandeln. — Genosse Schöpflin wünschte eine Darlegung der Art, wie die Geschlechtskrankheiten im Heere bekämpft werden, und welchen Umfang sie haben. — Die Volkspartei forderten in einer Resolution, daß den Sanitätsoffizieren ein Teil ihrer Studienzeit auf die pensions- fähige Dienstzeit angerechnet wird. — Gegenüber dem Ver- treter des Schakamtes, der gegen die Resolution Spar- samkeitsgründe ins Feld führte, betonte Genosse Stüdemann, daß diese Sorte Sparbarkeit recht übel angebracht ist. Auf die Pflicht der Sparbarkeit hätte sich das Schakamt bei Aus- arbeitung der Militärvorlage besinnen sollen. — Die Reso- lution wurde angenommen.

Generaloberarzt Schulz gab auf die Frage Schöpflins bekannt, in welchem Umfange die Geschlechtskrankheiten be- kämpft werden, besonders auch durch eingehende Behandlung der Mannschaften. Die Zahl der Erkrankungen ist prozentual nicht gewachsen. — Von der Forderung von dreizehn Regi- mentarkommandos für Bezirkskommandos wurden zehn ge- strichen. — Das Zentrum forderte eine Erhöhung der Dienst- prämien derart, daß nach 9 Jahren 1000 Mark und nach 12 Jahren 1500 Mark gewährt werden sollen. — Gegen diese Erhöhung wandte sich der Kriegsminister. Nach neun Jahren sollten höchstens 500 Mark gegeben werden, eher könnte den Unteroffizieren in den ersten Dienstjahren bereits die Aussicht auf Anstellung sichergestellt werden. Wenn die Leute so hohe Prämien erhalten, werden wenige Lust ver- spüren, weitere Jahre zu dienen. So hoch bedachte Unter- offiziere werden auch weniger sich der Polizei und Gendar- merie zuwenden. — Genosse Noske bekämpfte gleichfalls die Zentrumsforderung, für die auch gar kein Anlaß vorliegt, zumal die Unteroffiziere eine wesentlich höhere Abfindung erhalten, wenn sie auf den Versorgungsschein verzichten. Das Zentrum zog, nachdem auch die Redner anderer Parteien sich dagegen erklärt hatten, seinen Antrag zurück und brachte den Wunsch zum Ausdruck, daß im Jahre 1914 eine allgemeine Erhöhung der Dienstprämien eintritt.

Nach einer weiteren Zentrumsresolution sollen Familien, von denen drei und mehr Söhne der Dienstpflicht genügt haben, für weitere Soldaten vom Reich eine Aufwandsent- schädigung von 240 Mk. jährlich erhalten. Das Schakamt hatte keine Bedenken gegen die Forderung, es müßte aber zum Ausdruck gebracht werden, ob auch an Familien, deren Söhne Offiziere werden, die Entschädigung gezahlt werden soll. — Der Kriegsminister wünschte, daß diese Bestimmung in einen anderen als den Militäretat ausgenommen wird, um nicht den Eindruck zu erwecken, als ob es in Deutschland für den Militärdienst, der eine Pflicht ist, eine Bezahlung gibt. — Genosse Noske erklärte sich für die Gewährung einer Entschädigung, aber es sei dabei zu beachten, daß es sich hier um eine Gelegenheitsgehörigkeit handelt. Die ganze Frage bedürfe einer gründlichen Behandlung. Es sei doch nicht angängig, für Offiziere oder für die Söhne von reichen Leuten eine solche Entschädigung zu zahlen, sondern doch nur, wenn die Familie in wirtschaftliche Bedrängnis gerät durch die Dienstpflicht der Söhne. — Genosse Stüdemann hob eine Reihe weiterer Bedenken hervor, ebenso auch bürgerliche Red- ner. — Der inzwischen abgeänderte Antrag des Zentrums wurde gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen, die deshalb dagegen stimmten, weil die Fassung des Antrages eine völlig ungenügende ist.

Die Nationalliberalen forderten, daß während ihrer Dienstzeit verorbene Soldaten auf Wunsch ihrer Angehörigen kostenlos in die Heimat befördert werden sollen, ebenso sollten Angehörige bei Erkrankungen von Soldaten kostenlose Fahrt

immer lassen, der war ja Wand an Wand mit ihm. Er hätte die Frau! — Wand an Wand, ja! — Und kein Mädel wollte er haben — der! Ah, was der kein Mädel nannte. — Mit der Greta herumharmuzieren, sie mit seinen ledern Auger- feurig ansehen, sie zu trösten über den Mann, den Drammen, der sie im Jaum hält, ihr nichts gönnt, ihr nichts zuliebe tut. — Er sah die zwei zusammen, er hörte sie flüstern, sah sie tanzen. — Ja, tanzen würde sie auch, er wußte es. — Und sich an ihn klammern im Rhythmus auf dem Karussell — bei der tobenden Rausfahrt — immer rund, während die Lichter huschten, die roten, goldgelben, verzickelten glänzten, die Musik spielte. — Er wußte es genau, wie das war. — Weit lag die Zeit trübselig hinter ihm, wo er das alles fühlte, aber die Erinnerung war da wie ein Trüffel, sie bohrt und bohrt und macht ihn halb tollend.

Und da legte das Schiff an, er mußte hinauf auf den Kadern und sah, aufmerksam, gebannt mit jeder Fie- ber, das Schiff mit den vielen Hunderten von Leben durch das gefährliche Fahrwasser im Gehörg bringen. — Der Rhein war klein, der Wasserstand niedrig — ein Abweichen von eini- gen Fußbreiten war Gefahr und vielleicht Tod. Der kalte Schweiß stand auf seiner Stirn, mit eiserner Kraft zwang er sich, kein! Keiner sollte sagen, daß Worringer seine Pflicht nur um Haarsbreite vernachlässigte. — Das war keine Frau auf der Welt wert — die Greta schon gar nicht.

Die Greta! Wie ein leuchtendes Licht ging es ihm durch und durch. Nein, daß er sie lieb hatte! Nein, er hatte sie gewonnen in einer langen Aufwallung lang, überwindender Gelüste. — Ein Mädel war er geworden in seiner Jugend. — Das war lang vorbei. Das war nur noch einmal angewandt. — Es hatte ihn gefügt, daß er noch immer jede haben konnte, die er wollte. Und daß die Greta einen anderen Ehegatten hatte, das wußte ihn gerade. Er wußte doch noch, wie man die Frauen hüten mußte. — Und er wollte die schöne Frau in Singen haben, wollte zeigen, daß er vor den Jün- geln nicht zurückweichen brauchte. Aber er konnte es heute nicht mehr begreifen, wie er dazu gekommen war, wie er so hübsch sein konnte — so hübsch. Sie hatte sich vor ihm ge- füttert, nach einem Tage an, so war wie ein gepörrigter Hund, der vor seinem Herrn kriecht, weil er in seiner Gewalt ist — und doch ihn haßt. — Und aus Angst und Haß war das Kind geboren, das Kind, das ihm nicht gleich — war seiner Mutter, das kein war und doch nicht sein. Nein, er liebte sie nicht — gewiß nicht.

Und immer die Fahrt vor dem Georg Heimer, vor Gre- tas Schwager. Schlimm genug war's schon von Anfang an, aber unerbittlich wurde es erst, als er das Hauschen neben der Brücke erblickte. — Als Tag für Tag kein lautes Geräusch an

der niedrigen Gartenmauer auftauchte. Als Worringer nicht mehr aus dem Haus gehen konnte, ohne den Gedanken, daß ein einziger Sprung genügt, um den Verhassten in den klei- nen Hof zu bringen, wo Gretas Stuhl zwischen den Oleander- bäumen stand. Freilich, unbeobachtet wäre das nicht gegen- über. Die Häuser der nächsten Gasse guckten mit einem Duzend Hinterfenster in die Höhe hinein, immer war da Leben, Men- schen, Nachbarinnen, die wuschen und schuerten, Männer, die umherbalkelten, spielende Kinder. — Aber doch! Eine stille Stunde konnte kommen, ein einziger günstiger Augenblick. — Unter Höllequalen hatte er sich gekrümmt bei der Vorstel- lung. Er wußte, wie's tat, wie's tat, wenn das heiße Blut schäumt, er kannte die Weiber, er war selbst früher manchmal über Säune und Mauern geklettert.

Seine Hand rief am Steueruder, daß es ordentlich einen Rudertat. — Der Kapitän sah phlegmatisch nach ihm hin.

Na, Worringer! — Schlecht aufgestanden heut? Hat Euch die Frau geärgert?

Der dumme Spaß traf ihn wie glühendes Eisen. Er spürte, wie ihm das Blut nach dem Herzen schoß. Er mur- melte etwas Unverständliches. Der Kapitän lachte.

Schwerer Tag heute. Das Bergschiff wird wohl Ver- spätung haben. Da kommt Ihr erst am Nachmittag heim zur Frau und zur Kirchweih!

Er blinzelte ihm zu. Er kannte die schöne Frau Wor- ringer.

Der Steuermann versuchte zu lachen. — Er kam wohl heute überhaupt nicht heim. — Wenn das Bergschiff Ver- spätung hatte da war gerade noch Zeit, um nachher in Bingen wieder auf das Extrashiff zu steigen und die zweite Fahrt zu machen. — Er sah auf die schwappenden, lauchenden, trinkenden Jahrgäste. Ah, die hatten's gut! Die amüsierten sich. Män- ner und Frauen zusammen, die Kinder dazwischen. Sie stie- gen an, lärmten, lachten.

Die Sonne brannte schon, es wurde heiß. Er spürte sei- nen Hals, seine Kehle vertränen. Er wollte auch trinken. Trinken bis zum Übermaß, vergehen, lustig sein. — Aber er durfte ja nicht! Nur einen Schluck, einen einzigen tiefen Zug schwarzen, parken Weins! Das würde ihm gut tun. Ah, wie er sich danach sehnte! Das Wasser, das er sich reichen ließ, war heiß, abgestanden, lau. Es ekelte ihn an. — Ah, wenn er von der weiten Fahrt heimkame, dann wollte er sich schädlos halten — heute abend. Er war kein Trinker, der Wein kriegte ihn nicht unter, aber er tat ihm auch nicht gut. Er machte ihn höchstens noch harter, unbeglamer, finstler. Und keine Frau fürchtete ihn noch mehr, wenn er vom Schoppen kam. — Pah, machte sie, es ging in einem Hin. —

(Fortsetzung folgt.)

zum Besuche erhalten. Der Kriegsminister behauptete, daß die Forderung einverstanden, doch müsse erst der Bundesrat Stellung nehmen. Ob auch vermögenden Angehörigen die Verpflegungsgewähr gewährt werden sollen, sei doch fraglich. Der Schakietrat stimmte im Prinzip dem Gedanken zu. — Genosse Noske bezeichnete diese Anträge als eine ungenü- gend leistungsfähige Geheimgeschichte. Dem Zentrum und den Nationalliberalen schlage jetzt das Gewissen wegen der großen Volksbelastung, die sie durch die Militärvorlage dem Volke aufzulegen, es soll nun durch solche Mittelchen nach außen ein guter Eindruck erweckt werden. Man könne gegen den Antrag deshalb schwer stimmen, weil sonst die verlogene nationalliberalen und Zentrumsprelle eine wüste Hecke inszenieren würde. — Die Abgg. Schiffer und Erzberger protestierten gegen die Kritik Noskes, worauf die Resolution ein- stimmig angenommen wurde.

Das Zentrum forderte die Einstellung von 1,6 Millionen in den Etat, um den Soldaten jährlich einmal freie Hin- und Rückfahrt für einen Urlaub zu gewähren. — Genosse Noske wünschte vom Kriegsminister eine Erklärung, daß Urlaub nicht in Rücksicht auf die Fahrtkosten verweigert wird. — Der Kriegsminister erklärte, daß es nicht entretten werde. — Die Zentrumsforderung wurde einstimmig ange- nommen.

Abg. Müller-Meinungen behandelte die Ausbildung des Offizierskorps. Die Zeit der Ausbildung solle herabge- setzt werden, was für den Bildungsstand des Offizierskorps doch sehr bedenklich ist. — Generalleutnant Wandel hält diese Befürchtungen für hinfällig.

Die Kommission trat nunmehr in die Beratung der ein- maligen Ausgaben ein. Abg. Erzberger betonte, daß die Städte, vornehmlich in Preußen, sehr entgegengekommen sind, indem sie Grund und Boden vielfach unentgeltlich herge- geben haben, wodurch 6,7 Millionen Ersparnis für das Reich eingetreten sind. Wenn die Kommission damit einverstanden ist, daß sofort bestimmte Bauten in Angriff genommen wer- den können, tritt eine weitere Ersparnis von 5,5 Millionen ein. Weiter schlägt der Redner vor, für eine Anzahl Bauten nicht erst Raten, sondern gleich die volle Bauumme zu be- willigen, weil das billiger zu stehen kommt. — Genosse Schöpflin wünschte Auskunft über die Dislokation der neuen Truppenteile, besonders ob vornehmlich die Städte mit Garnisonen bedacht werden, die die größten pekuniären Opfer bringen. — Der Kriegsminister erkannte die Pflicht an, dem Reichstag Auskunft über die Grundzüge der Dislo- kation zu geben. Es werde in erster Linie nach militärischen Gesichtspunkten verfahren, allerdings versuche die Verwal- tung auch, dabei so billig wie möglich wegzukommen. We- aber Städte sich dabei ein Zuviel leisten wollen, das mit ihren Finanzen nicht im Einklang stehe, wünte die Verwal- tung ab. — Genosse Noske wies darauf hin, daß so viele Gemeinden bei dem Garnisonwettbewerb sich recht drückenden Lasten auferlegen. Ihm sei in Chemnitz der Vorwurf ge- macht worden, er hätte die Interessen der Stadt Chemnitz hier in der Kommission benachteiligt, und lege Wert darauf festzustellen, daß dem nicht so ist, sondern Herr Erzberger die ihm (Noske) zugeschriebene Meinerung getan habe. — Abg. Erzberger bestätigte diese Angabe Noskes.

An Zulagen für die Unteroffiziere in Elsaß-Lothringen forderte die Regierung 870 000 Mark. Genosse Schöpflin wandte sich lebhaft dagegen. Wenn die Regierung die Zu- lage damit begründe, daß es immer noch nicht gelungen sei einen Zusammenhang zwischen Bevölkerung und Unteroffiziere zu schaffen, so sei daran die törichte und brutale Politik, die vom Reich in den Reichslanden getrieben worden ist, haupt- sächlich schuld. Wie so oft, sollen auch hier die Steuerzahler für die Sünden der Regierung büßen. In den Reichslanden ist alles getan worden, um bei der Bevölkerung eine lebhaft Antipathie, auch gegen das Militär, zu wecken. Die Sozial- demokraten lehnen die Forderung ab. Die Tatsache, daß die Reichsländer in der Hauptsache fern von der Heimat in der preußischen Regimentern dienen müssen, ist ein weiterer Grund zur berechtigten Unzufriedenheit in Elsaß-Lothringen, dessen Bevölkerung, wie die in Süddeutschland überhaupt, allerdings weniger Neigung zum Unteroffiziersberuf hat als das in den preußischen Ostseeprovinzen der Fall ist. — Der Kriegsminister hat dringend, die Forderung zu be- willigen. Mit der Politik habe die Zulage gar nichts zu tun. Die Unteroffiziere seien in den Reichslanden sehr isoliert un- leiden unter den teuren Verhältnissen. Die Unteroffiziere geben und bleiben sehr ungerne in den Reichslanden, die Zu- lage soll die Dienstfreudigkeit heben. — Abg. v. Puttk- trat für die Forderung ein, die v. Gröber bekämpfte.

General Wandel und die Militärvollmächtigten von Bayern, Sachsen und Württemberg jetzunderten dem Mi- nister, es sei sehr schwer, für die Regimenter in den Reichs- landen eine genügende Zahl von Unteroffizieren zu erhalten. Frankreich zahle an seiner Ostgrenze auch solche Zulage. — Genosse Noske warnte vor der Bewilligung, die recht bald auch für die Truppenteile in anderen Grenzgebieten Kon- sequenzen haben werde. Den Militärarbeitern in den Reichs- landen zahle die Verwaltung sicherlich keine Zulage. Die Regierungspolitik trägt an der Haltung der reichsländischen Bevölkerung die alleinige Schuld. — Der Kriegsminister teilt mit, daß 25 % der reichsländischen Rekruten in den Reichslanden selbst dienen dürfen, 75 % werden in preußlich Regimentern gesteckt. Früher mußten alle Rekruten auf Landes geschickt werden. — Der bayrische Militärbesollung- titel schilberte die Teuerungsverhältnisse in den Reichslanden als derart, daß lange Zeit die verheirateten bayrischen Of- fiziere in Elsaß-Lothringen die hauptsächlichsten Lebensmitteln sich aus Bayern haben kommen lassen. Abg. Haegy (Els.) betonte, es war ein großer Fehler, ständig die Reichslande außer Landes dienen zu lassen. Wenn es sich um Staats- arbeiter handele, bestreite die Regierung das Vorhandensein teurer Verhältnisse in Elsaß-Lothringen. — Genosse Weis- wies auf die großen Widersprüche der einzelnen Ressorts der Regierung hin. Daß den Unteroffizieren von der Bevöl- lung Hindernisse in den Weg gelegt oder das Dasein erschwe- ret werde, ist nicht der Fall. In den Reichslanden würde man die Zulage als den Ausfluß von Bestrebungen betrachte, die die der Verhandlung mit der Bevölkerung nicht dienen können oder sollen. — Abg. Graf Mielzynski wünschte, daß auch die polnischen Rekruten in den polnischen Bezirken dienen können. — Genosse Lensch sagte der Verwaltung, daß sie auch nicht aus militärischen, sondern aus politischen Gründen die Rekruten außer Landes schickte. — Die Zulage gegen die konservativen und liberalen Stimmen angelehnt.

Genosse Noske forderte, daß in Zukunft von der groß- Truppenansammlung in Berlin Abstand genommen werde. In Berlin kann doch nur unter ungeheuren Kosten Geld für Militärbauten erworben werden. Wenn die Truppen außerhalb verlegt werden, kann bei Verkauf der wertvollen militärischen Grundstücke immer noch ein gutes Geschäft gemacht werden.

In weiteren Beratungen wurden die einmaligen Zu- lagen in zum Teil vertraulichen Verhandlungen erledigt. Damit ist auch die erste Lesung der Militärvorlage erledigt.

Aus der Partei.

Personalien. Als Bibliothekar für die neu errich- tete Zentralbibliothek in Breslau wurde Genosse Hugo Gäh- tner, Holzarbeiter aus Leipzig, gewählt.

Heilmittelwucher.

Die Arbeiterpresse hat schon wiederholt auf den geradezu ungläublichen Wucher hingewiesen, der mit den Heilmitteln getrieben wird und doppelt schädlich ist, weil er die leidende Menschheit trifft. Gewinne der Apotheker von 100 Prozent können als normal bezeichnet werden, und Gewinne von 200 und mehr Prozent sind keine Seltenheit. Da nun vor einigen Tagen eine Notiz durch die Presse ging, der Deutsche Apothekerverein beabsichtige bei den Regierungen eine Erhöhung der Preise der Arzneitaxe durchzusetzen, sei an der Hand einiger Rezepte dargestellt, wie sich die Herstellungskosten und Verkaufspreise gegenwärtig schon verhalten. Bei Berechnung des eigentlichen Wertes sind die Preislisten von E. Merck in Darmstadt und Gehe u. Co. in Dresden zugrunde gelegt. Es sind dies Firmen, die einwandfreie Waren bei allerdings hohen Preisen liefern. Diese hohen Preise machen sich aber dadurch dem Käufer wieder bezahlt, daß ihm die vorgeschriebenen Untersuchungen erspart bleiben, denn diese Firmen garantieren eine völlig revisionsfähige Ware.

Wir lassen ein Rezept nach dem andern folgen, und bitten den Leser, sich die Mühe des Nachlesens der vielen Zahlen nicht verdrücken zu lassen. Diese Zahlen sind notwendig zum Verständnis des Ganzen. Um das Verständnis des Apothekerlateins zu erleichtern, ist bei jedem Rezept die deutsche Uebersetzung angebracht. Wir bitten gleichzeitig dringend, auf die Apothekerverdienste nach der amtlichen Taxe, die angeblich nicht hoch genug sein soll, zu achten.

Erstes Rezept.

Nehmen wir an, es sind fünf Morphiumpulver vom Arzt verschrieben. Das Rezept lautet:

Rp.: Morph. mur. oder Hydrochlor 0,02
Sacch. alb. 0,5 m. f. p. d. s. d. 5. s.
Bei Bedarf ein Pulver.

Deutsch:

Nimm 2 Zentigramm salzsaures Morphium
1/2 Gramm Zuckerpulver
mische zu einem Pulver und erteile 5 solcher Pulver.
Bezeichne es: Bei Bedarf ein Pulver.

Morphium ist seit Jahresfrist sehr teuer und kostet das Kilo 420 Mk. Wir nehmen aber an, daß der betreffende Apotheker nicht so viel braucht und auch nicht 100 Gramm, die 42 Mk. kosten würden, sondern nur 10,0, die er mit 5 Mk. bezahlen muß. Es würden sich also folgende Preise ergeben:

| | | |
|--|----------------|--------|
| 5 x 2 Zentigr. = 10 Zentigr. = 1 Dezigr. Morphium, | Wert | 5 Pfg. |
| 2 1/2 Gramm Zuckerpulver | 1 " | |
| 5 Papierkapseln, 1000 Stück = 1 Mk. | 1/2 " | |
| 1 Pulverkästchen | 5 " | |
| Sa. 12 Pfg. | | |

5 + 1 + 1/2 + 5 = nach oben abgerundet 12 Pfg.
Die jetzige Taxe berechnet diese Pulver so:

| | |
|---|---------|
| 1 Dezigr. Morph. mur. | 15 Pfg. |
| 2 1/2 Gramm Zuckerpulver | 5 " |
| Mischen des Morphiums mit Zuckerpulver | 20 " |
| 5 Pulverkapseln und Entlohnung der Arbeit | 25 " |
| Pulverkästchen | 10 " |
| Für Schreiben der Verordnung und Abgaben | 15 " |
| Sa. 90 Pfg. | |

Rechnen wir die wirklichen Ausgaben, also 12 Pfg., von den 90 Pfg. ab, so bleiben, wie so oft in den pharmazeutischen Fachzeitschriften schon ausgedrückt wird: pro studio et labore 78 Pfg.

Zweites Rezept.

Eine andere Verordnung:

Rp.: Bismuth subnitrio
Nat. bicarb. cu 10,0
Morph. mur. 0,1
m. l. pulv. d: scal. S. nach Bericht.

Deutsch:

Nimm Wismuthnitrat,
doppeltkohlen-saures Natron je 10 Gramm
Morph. salzsaure. mur. 0,1
mische zu einem Pulver und gib es in einer Schachtel. Bezeichne es mit
Nach Bericht
10,0 Wismuthnitrat, 1 Kilo bei Merck 20,50 Mk. 20 1/2 Pfg.
10,0 doppeltkohlen-s. Natron, 1 Kilo bei Merck 80 Pfg. 8 1/2 Pfg.
10,1 salzsaures Natron 5 "

| | |
|--|---------|
| Tagpreis: 10,0 Bismuth subnitrio | 60 Pfg. |
| 10,0 Nat. bicarb. | 5 " |
| 0,1 Morph. mur. | 15 " |
| Mischen des Pulvers | 20 " |
| 1 Schachtel | 10 " |
| Für Schreiben u. Abgaben 15 " | |
| 125 Pfg. | |

125 Pfg. weniger 39 Pfg. = 86 Pfg., pro studio et labore 86 Pfg.

Drittes Rezept.

Zerner:

Rp.: Spiritus russic. 100,0
Spiritus Sinapis 80,0
Chloroform 25,0 n. s. D.

Deutsch:

100,0 Russischer Spiritus
80,0 Senfspiritus
25,0 Chloroform
Mische und gib ab
100,0 Russischer Spiritus, 1 Kilo bei Gehe 2,45 Mk. 24 1/2 Pfg.
80,0 Senfspiritus 1 " " Merck 3,90 32 "

| | |
|---|--------|
| Tagpreis: 100,0 Spiritus russic. | 85 Mk. |
| 80,0 " Sinap. | 80 " |
| 25,0 Chloroform | 25 " |
| Wiegen und Mischen | 10 " |
| 1 Glas von 200,0 Inhalt 15 Pfg., hier 5,0 mehr | 20 " |
| Schreiben und abgeben | 15 " |
| Sa.: 2,35 Mk. | |

2,35 Mk. weniger 70 Pfg. = 1,65 Mk. pro studio et labore = 1,65 "

Viertes Rezept.

Rp.: Plumb. jodat. 8,0
Ungt. spl. 80,0 m. f. ungt. D. s.

Deutsch:

8,0 Jodblei
80,0 Wachsfalbe
mische es zu einer Salbe. Gib und schreibe:
8,0 Jodblei bei Merck, 100,0 = 2,30 Mk. 20 Pfg.
80,0 Wachsfalbe bei Gehe u. Co., 1 Kilo = 2,50 Mk. 20 "

| | |
|---|------|
| 1 Porzellanbüchse mit Zelluloiddeckel | 15 " |
| 55 Pfg. | |

| | |
|---------------------------------|--------|
| Taxe: 8,0 Plumb. jod. | 80 Mk. |
| 80,0 Ungt. spl. | 1,20 " |
| 1 Porzellanbüchse | 20 " |
| 1 Deckel dazu | 15 " |
| Zubereiten der Salbe | 40 " |
| Schreiben und abgeben | 15 " |
| 2,90 Mk. | |

2,90 Mk. weniger 55 Pfg. bleiben 2,35 Mk. pro studio et labore 2,35 Mk.

Fünftes Rezept.

Rp.: Tablett. Codein a 0,01 d. t. d. 50. D. s.

Deutsch: Nimm 1 Codeintablette, enthaltend 1 Zentigr. Codein.

gib 50 solcher Tabletten. Gib und schreibe:
1/2 Gramm Codein, 10 Gramm kosten bei Gehe
7,50 Mk.
25 Gramm Zuckerpulver, 1 Kilo kostet bei Gehe 88 Pfg.
85 Pfg.
25 bis 30 Tropfen verd. Weingeist 3 "

| | |
|--|----------|
| Tagpreis: 0,5 codein | 1,25 Mk. |
| 25,0 Sacchar. p. | 13 " |
| Spirit. dil. | 05 " |
| Bereitung der 5 ersten Tabletten | 50 " |
| Bereitung der 45 andern Tabletten | 2,25 " |
| 1 Schachtel | 10 " |
| Schreiben und abgeben | 15 " |
| 4,43 Mk. | |

4,43 Mk. weniger 49 Pfg. bleiben 3,94 Mk. pro studio et labore 3,94 Mk.

Das Zubereiten von 50 Tabletten beansprucht bei einiger Übung und Gewandtheit mit der Tablettenmaschine vielleicht eine halbe Stunde Arbeit. Andererseits werden solche Tabletten in Geschäften, die sich mit Herstellung solcher und anderer pharmazeutischer Präparate speziell beschäftigen, mit größter Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit bereitet und kommen 100 Stück dieser Codeintabletten mit 1,60 Mk., also 50 mit 80 Pfg. in den Handel.

Sechstes Rezept.

Rp.: Tct. opii spl. 7,5 d. s.

Deutsch: 7,5 Gramm Opiumtinktur.

7,5 Opiumtinktur, 1 Kilo bei Merck 10,20 Mk., also 9 Pfg.
1 Glas 2/10 Pfg. 3 "

| | |
|--|---------|
| Tagpreis: Tct. opii spl. 7,5 | 35 Pfg. |
| 1 Flasche | 10 " |
| Schreiben und abgeben 15 " | |
| 60 Pfg. | |

60 Pfg. weniger 12 Pfg. = 48 Pfg. pro studio et labore 48 Pfg.

Siebtens Rezept.

Rp. Liqu. ammon. anis 10,0 d. s.

Deutsch: 10,0 Anisate.

10,0 Liqu. ammon. anisat., 1 Kilo bei Gehe 3,40 Mk., also 4 Pfg.
1 Flasche 3 "

| | |
|-----------------------------------|---------|
| Tagpreis: Liqu. ammon. anis. 10,0 | 10 Pfg. |
| 1 Flasche | 10 " |
| Schreiben und abgeben 15 " | |
| 35 Pfg. | |

35 Pfg. weniger 7 Pfg. = 28 Pfg. pro studio et labore 28 Pfg.

Bemerk sei bei den letzten zwei Rezepten, daß selbst in der Kassenpraxis solche Rezepte selten vorkommen und ausschließlich von Ärzten, die älter sind und in großer Praxis reiche Erfahrung gemacht haben, verordnet werden, während junge Ärzte es meist vorziehen, ganz andre Verordnungen zu geben.

Achtes Rezept.

Rp.: Solut. acid. boric. 3% 500,0 d. s.

Deutsch: Nimm eine 3prozentige Borssäurelösung und gib 500,0 Gramm.

15 Gramm Borssäure, 1 Kilo bei Merck 85 Pfg., also 1 Pfg.
Da bei der Arbeit des Lösen 300,0 Gramm destilliertes Wasser inbegriffen sind, so werden nur 200,0 Gramm destilliertes Wasser berechnet, 100 Kilo bei Merck 6,60 Mk., also 2 "

| | |
|-------------------------------------|--------|
| Tagpreis: 15,0 Acid. boric. | 8 Pfg. |
| 200,0 Aqu. dest. | 20 " |
| Auflösung | 35 " |
| Flasche | 30 " |
| Schreiben und abgeben | 15 " |
| 1,05 Mk. | |

1,05 Mk. weniger 18 Pfg. bleiben 87 Pfg. pro studio et labore 87 Pfg.

Neuntes Rezept.

Rp.: Extract Colocquette 0,4

" Alois 4,0
Resin. Jalap. a 2,0
Sap. medicat. a 2,0
Spir. qu. s. m. f. pil. No. 50

Deutsch: 4 Dezigr. Koloquintenextrakt
4 Gramm Aloeextrakt
2 " Jutugenharzpulver
2 " mediz. Seifenpulver
Spiritus soviel, daß es eine Willenmasse werde, aus der 50 Pillen geformt werden.
0,4 Koloquintenextrakt . . . 1 Kilo bei Merck 26,50, also 1 Pfg.
100 " " " " 1,90 " 2 "

| | |
|---------------------------------|---------|
| Tagpreis: Extr. Colocquette 0,4 | 60 Pfg. |
| " Aloe 4,0 | 40 " |
| Res. Jalap. 2,0 | 20 " |
| Sap. med. p. 2,0 | 5 " |
| Spir. q. s. 5 " | 5 " |
| Bereitung v. 50 Pillen | 40 " |
| Schachtel | 10 " |
| Schreiben u. abgeben | 15 " |
| 1,95 Pfg. | |

1,95 weniger 20 Pfg. = 1,75, demnach 1,75 Mk. Reingewinn.

Zehntes Rezept.

Rp: Chin. hydrochlor. 0,3 d. s. d. 10 in caps. gel.
Nimm 3 Dezigr. salzsaures Chinin, zerteile 10 solcher Gaben und tue sie in Gelatinekapselfn.
3,0 salzsaures Chinin, 100,0 bei Merck 5,30 . . . also 17 Pfg.
10 Gelatinekapselfn Nr. 3, 1000 Stück bei Gehe
5,25 " " " " 6 "

| | |
|-----------------------|-----|
| 1 Schachtel | 5 " |
| 28 Pfg. | |

Tagpreis: 3,0 Chinin. hydrochlor. 45 Mk.
10 Gelatinekapselfn, eingeschlossen die Arbeit 1, " "

1,70 weniger 28 Pfg. = 1,42, demnach 1,42 Mk. Reingewinn.

Elfte Rezept.

Rp: Codein phosphor 0,2
Sirup. althae. 20,0
Infus. digit 1,0 : 180,0 d. s.

Nimm 0,2 phosphorsaures Codein
20,0 Altheesirup
180,0 eines Aufgusses bereitet aus 1,0 Fingerhutbutter
0,2 phosphorsaures Codein, 10,0 bei Gehe 6,90, also 14 Pfg.
20,0 Altheesirup, 1 Kilo bei Gehe 1,80 4 "

| | |
|---|--------|
| Tagpreis: Codein. phosphor. 0,2 | 40 Mk. |
| Sirup. althae. 20,0 | 20 " |
| Fol. digitat. 1,0 | 10 " |
| Bereitung des Aufgusses | 40 " |
| 1 Flasche zu 200,0 kostet eigentlich 15 Pfg., hier, sind 2 Zentigr. mehr | 20 " |
| Schreiben und abgeben | 15 " |
| 1,45 Mk. | |

1,45 Mk. weniger 27 Pfg. = 1,18 Mk., demnach 1,18 Mk.

Zwölftes Rezept.

Rp: Jodoform. 0,1
Extr. opii 0,05
Ot. Cacao. 20 f. supposit. d. s. d. 10

0,1 Jodoform
0,05 Opiumextrakt
2,0 Kakaobutter forme zu 1 Stuhlzapfchen u. gib 10 solche Zapfchen
1,0 Jodoform, 100,0 bei Merck 3,90, also 4 Pfg.
0,5 Opiumextrakt, 100,0 " " 17, " 9 "

| | |
|---|--------|
| Tagpreis: Jodoform. 1,0 | 10 Mk. |
| Extr. op. 0,5 | 25 " |
| Ot. Cacao 20,0 | 30 " |
| Bereitung der ersten 8 Zapfchen | 40 " |
| der andern 7 " | 70 " |
| 1 Schachtel | 10 " |
| Schreiben und abgeben | 15 " |
| 2, - Mk. | |

2, - Mk. weniger 27 Pfg. = 1,73 Mk.

Dreizehntes Rezept.

Rp: Bals. peruv.
Spir. au. 50,0 m. f. d. s.

Deutsch: 50,0 Perubalsam,
50,0 Spiritus zusammenwogen und abgeben.
50,0 Perubalsam, 1 Kilo bei Gehe 15,50 Mk., also . 78 Pfg.
50,0 Spiritus, 1 Kilo 2,50 Mk. 18 "

| | |
|---------------------------------------|----------|
| Tagpreis: Bals. peruv. 50,0 | 3, - Mk. |
| Spir. 50,0 | 50 " |
| Wiegen und Mischen | 10 " |
| 1 Flasche | 10 " |
| Schreiben und abgeben | 15 " |
| 3,85 Mk. | |

3,85 Mk. weniger 97 Pfg. bleiben 2,88 Mk. demnach 2,88 Mk.

Wer die Zahlen aufmerksam vergleicht, kann Gewinne von 500 bis 600 Prozent feststellen, selbst wenn man den Herstellungskosten noch einen reichlichen Zuschlag für allgemeine Herstellungskosten gewährt. Bei solch ungläublichen Preisen, die doch gerade die leidende Menschheit belasten und u. a. den Krankenkassen ungeheure Opfer auferlegen, wäre es einfach unverständlich, wenn die in Betracht kommenden Behörden sich bereit fänden, in eine Erhöhung der Preise für Arznei und sonstige Heilmittel einzuwilligen. Der Erfolg des gesteigerten Heilmittelwuchers würde eine Steigerung des Ertrages der Apotheken, also eine Steigerung des Wertes der Apotheken sein, was sich in Kürze in den gesteigerten Verkaufspreisen der Apotheken bemerkbar machen würde. Es bietet sich hier daselbe Bild wie beim Landwucher, der zu einer Steigerung der Güterpreise führte und so zu neuem Jamern der Agrarier über die angebliche Unrentabilität der Landwirtschaft. Die einzige Lösung der Versorgung der leidenden Menschheit mit guten und billigen Heilmitteln ist die Vertikalisierung der Apotheken, wovon freilich die bürgerlichen Parteien nichts wissen wollen. Sind doch solche Apothekenprinzen sehr angenehme Sinecuren für die Bourgeoisie, die sich ja bekanntermaßen den Teufel drum schert, woher das rote Gold kommt, das ihre Schränke füllt.

Gewerkschaftsbewegung.

Materstreik im Wuppertal. Die Materorganisation des Wuppertales erklärt die Fortsetzung des Streiks, weil die Wuppertaler Meister die Anerkennung der Schiedssprüche ablehnen.
Der Streit in der Isoliermittelfabrik C. u. E. Mahla in Lauf a. R. hat mit vollem Erfolge für die dort beschäftigten Arbeiter geendet. Es erhalten alle Arbeiter eine Zulage von sofort 4 Pfg. pro Stunde, ab 1. Mai 1914 weitere 2 Pfg., ab 1. Mai 1915 1 Pfg. Die Alfordzüge wurden um 5 Prozent erhöht, ebenso wurden für Monteur neben der allgemeinen Aufbesserung ihrer Stundenlöhne noch die Montagezuschläge um 1 Mk. pro Tag erhöht. Der Mindesteinstelllohn wurde von 32 auf 37 Pfg. festgesetzt. Neben sonstigen Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse wurde auch eine Verkürzung der Arbeitszeit um drei Stunden pro Woche erreicht.
Modellschreinerstreik. Bei der Firma Wagner u. Cie., Werkzeugmaschinenfabrik in Dortmund, befinden sich seit nunmehr drei Wochen die Modellschreiner im Streik. Durch Beteiligung der Arbeitswilligen-Agenten Lange in Essen und Ferber in Barmen hat die Firma einige Arbeitswillige bekommen, von denen nur zwei wirkliche Modellschreiner sind. Die Arbeitswilligen sind in der Fabrik eingefügt, sie erhalten dort auch Speisen und geistige Getränke. Träg einer nur

Jehr geringwertigen Lohnforderung und dem bescheidenen Verlangen nach Regelung der im Unendlichen betriebenen Weberarbeit ließ es die Firma zur Arbeitszeiteinstellung kommen, ohne auch nur den Versuch zu einer gütlichen Verständigung mit den Arbeitern zu machen. Dabei sind die meisten Arbeiter lange Jahre bei der Firma beschäftigt. Außer der Firma Wagner u. Cie. stehen die Modellfabriken in zwei weiteren Modellfabriken in Dortmund in Kündigung, weil auch diese beiden Firmeninhaber sich weigern, den geringfügigen Wünschen ihrer Arbeiter auf eine Arbeitszeitverkürzung von zwei Stunden pro Woche Rechnung zu tragen. Zugang von Modellfabrikanten nach Dortmund ist streng ferngehalten.

Ausperrung im nordbayerischen und badijschen Sandsteingebiet. Die Steinmehlen in der Sandsteinindustrie Nordbayerns und dem anschließenden badijschen Gebiet sollen ab 26. Mai ausgeperrt werden. Die Ursache hierzu ist: die Steinmehlen in Edelsbach, Zell und dem Steigerwald streifen seit drei Wochen, um einen Akkordarbeitsvertrag zur Einführung zu bringen. Die Unternehmer lehnen eine Regelung der Lohnverhältnisse ab. Die Arbeiter erstreben keine Lohnhöhungen, ihnen kommt es nur darauf an, die sogenannten Winterlöhne zu befestigen und einen einheitlichen Lohnsatz festzulegen. Die Steinmehlen in Iphosen, Dächstein, Rodenbach, Trennfeld, Fehrenbach, Reistenhausen, Miltenberg und Allmberg mußten teilweise den Sympathiestreik beschließen, da ihnen zugemutet wurde, Streitarbeit zu machen. Mit einer Firma sollte in den letzten Tagen ein Tarifvertrag zustande kommen, der Unternehmerverband hintertrieb dies aber. Augenblicklich befinden sich 300 Arbeiter im Streik. Durch eine Ausperrung würden weitere 400 Steinmehlen hinzukommen.

Zehn Monate, fünf Wochen Gefängnis und eine Woche Haft verhängte die Breslauer Strafkammer in der letzten Woche wegen Vergehen, die als Beleidigung und Befästigung von Arbeitswilligen, Streikpostenstreichen und dergleichen angesehen wurden!

Soziales.

Soziale Fürsorge der Gärtnerei-Berufsgenossenschaft. Die Gärtnereibetriebe aller Art waren nach dem früheren Recht in der Unfallversicherung den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zugeordnet; sie sind es auch nach dem neuen Recht. Da die Reichsversicherungsordnung nun aber unter bestimmten Voraussetzungen ein Ausschneiden von Berufen bezw. Gewerben zuläßt, so entfalteten die Gärtnerei-Unternehmer eine lebhafte Propaganda, und erreichten mit dieser, daß ihnen im Rahmen der landwirtschaftlichen Unfallversicherung eine selbständige Gärtnerei-Berufsgenossenschaft zugestanden wurde, die sich, mit Ausnahme von Bayern, Königreich Sachsen, Hessen, Schaumburg-Lippe, Bremen, Hamburg, und Elb-Lothringen über das ganze Deutsche Reich erstreckt und die mit dem 1. Januar 1913 ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Maßgebend für das Ausschneiden aus dem landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft war der Umstand, daß nach Annahme der Beteiligten die Gärtnerei erheblich weniger und erheblich leichtere Unfallgefahren in sich birgt, als die Land- und Forstwirtschaftsbetriebe, dieses aber bei der Beitragsveranlagung nicht nach Gebühr in Rechnung gestellt werde. Die Gärtnerei-Unternehmer fühlten sich bei dem alten Zustande stark benachteiligt und sie erhofften von dem neuen eine wesentliche geringere Belastung. Es wurde von den Unternehmern auch zugegeben, daß die Unterscheidung von „Facharbeitern“ und anderen sogenannten gewöhnlichen Arbeitern im Geleise ein Zustand sei, der dem Gärtnereiberufe nicht zugehöre. „Der nach dem Geleise geltende Normalatz der Rente (der nach dem vom Oberversicherungsamt für landwirtschaftliche Arbeiter allgemein festgestellten durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst gebildet wird) reicht zum Leben eines Menschen in der Stadt nicht aus. Wir sollten daher auch unseren ungelerten Gartenarbeitern dieses Maß sozialer Fürsorge zukommen lassen und sie doch als Facharbeiter anerkennen, umso mehr, als entzündungspflichtige Unfälle in der Gärtnerei nicht häufig sind.“ So schrieb das Organ des führenden Gärtnereiverbandes, der die Berufsgenossenschaft durchgesetzt hat, als die Propaganda für diese Gründung aufgenommen war. Die Gründungsversammlung war dann zu etwa Dreivierteln von Unternehmern besetzt, die derselbe Unternehmerverband delegiert hatte. Der Allgemeine Deutsche Gärtnereiverein wies in einer gut begründeten Eingabe nach, daß die Benachteiligung der Garten-, Park- und Friedhofsarbeiter, die nun alle zur Gärtnerei-Berufsgenossenschaft gehören, eine geradezu unerantwortlich große sei, falls diese nicht zu Facharbeitern erklärt würden. Da die übergroße Mehrzahl dieser Arbeiter in Städten und städtetähnlichen Verhältnissen zu leben gezwungen ist, und diesen Verhältnissen auch die Löhne im allgemeinen angepaßt sind oder sich diesen doch nähern, so ergibt sich durch eine Verjagung des Facharbeitercharakters für diese Arbeiter eine Schädigung, die teilweise bis zur Hälfte der Rente betragen kann. Und wie stellte sich nun die Gründungsversammlung zu dieser wichtigen Angelegenheit? Sie beschloß, daß außer Gärtnern und Gärtnereihilfen, die schon nach dem Geleise selbst Facharbeiter sind, auch Gartenarbeiter den Facharbeitern gleichgestellt werden, beiseite aber nicht alle Gartenarbeiter, sondern nur solche, „die einen mindestens 50 % höheren Lohn beziehen, als die ihnen unterstellten Arbeiter“. Das bedeutet für die Praxis, daß von je 100 Gartenarbeitern etwa 10 oder noch weniger jenes Vorteils teilhaftig werden können. Wahrscheinlich, die neue Berufsgenossenschaft, durch deren Errichtung sich die Beitragsleistung der Unternehmer ermäßigen wird, hat sich nach der sozialen Seite hin recht kläglich angefügt. Die Gründungsdelegierten haben die behandelte Eingabe des Organs ihres Verbandes einfach ignoriert. Fortgesetzt wird ihnen und der Berufsgegenwart aber nachträglich, was dieses Organ vor der Gründung schrieb: „Der für die Nichtfacharbeiter geltende Normalatz der Rente reicht zum Leben eines Menschen in der Stadt nicht aus.“

Der schwarze Staat.

Der Volksverein für das katholische Deutschland hat heute etwa drei bis vier Millionen Mitglieder, seine Organisation, auf allerhand Zentralfunktionen aller Art aufgebaut, jedes kleinste verwandte Interesse in die eine große Aufgabe zwingend, umfaßt heute mit seiner charakteristischen im besonderen erhebliche Teile des arbeitenden Volkes. Welche Aufgabe hat sich der Volksverein gestellt? Nach dem § 1 seiner Statuten will er die christliche Ordnung fördern, die Angriffe auf die religiösen Grundlagen der Gesellschaft zurückweisen und die Zerstörer und Umwälzungsversuche auf sozialem Gebiete bekämpfen. Wie wird dieser Plan praktisch durchgeführt? Zunächst einfach! Erziehen des Einzelnen, des Altersgenossen! Und dies in viel energischerem Ausmaße als es bis jetzt die landwirtschaftlichen Arbeiterbewegungen begleitet von Seiten des — Volksvereins, durchgeführt hat. Unter dem Vorwand der Jugendbildung — denn Mitglieder des Vereins erziehen die laufenden Geschäfte — haben Landes- und Diözesanvereine, denen wieder Landes- und Diözesanvereine unterstellt sind, Komitee und größere Städte nachgeordnet. Diese Geschäfte werden wiederum durch

für je 20 bis 40 katholische Familien einen Vertrauensmann. Alle Direktoren kommen vom Vorstand, der in M.-Glabach seinen Sitz hat.

Mit Bedacht wurde vom Volksverein damit gebrochen, von Anhängern im nebenberuflichen Ehrenamt tüchtige leitende Vereinsarbeit leisten zu lassen. Wo nur immer das Bedürfnis entsteht, sofort stellt der Volksverein einen — um in seinem Stille (gegenüber der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung) zu reden — bezahlten Agitator an. In seinem M.-Glabacher Hauptbüro, einem rätigen großzügig gebauten schwarzen Regierungsgebäude, sitzen heute 20 ausschließlich literarisch tätige Vereinsbeamte, sie haben sämtlich Nationalökonomie oder Theologie studiert — andere Kräfte werden an der Spitze nicht eingestellt. Jeder Beamte hat sein Spezialgebiet, so Agrarfrage, Arbeiterfrage, Handwerkerfrage, Frage des kaufmännischen Mittelstandes, sozialdemokratische Arbeiterbewegung usw. usw. Jeder dieser Beamten sitzt in seinem eigenen Büro, bekommt alle auf sein Fach zutreffenden Zeitungen und Zeitschriften, arbeitet mit einer eigenen Spezialbibliothek und besitzt eine Spezialregistratur. Alles steht mit der Hauptbibliothek (40 000 Bände) und der Hauptregistratur, die jeden Zeitungsartikel aufhebt, der in irgend einer großen Zeitung über die interessierende Thematik geschrieben wurde, in exakter Verbindung, weil alles nach einheitlichem Plane organisiert ist. Stenographische Hilfskräfte, großes kaufmännisches Personal, kurz alles bis herab zum Laufburschen ist natürlich vorhanden. Die „soziale Kultur“ ist bei diesen Hilfskräften exakt durchgeführt, im Eingang des schwarzen Regierungsgebäudes steht die — Kontrolluhr.

Die nach Zehntausenden zählenden Vertrauensmänner werden alljährlich ebenso zu Konferenzen zusammenberufen, wie die Geschäftsführer und sonstigen Mitarbeiter am großen Werke gegen den Ansturz. Ein besonderes Kapitel sind beim Volksverein die sogenannten sozialen Kurse. Drei-, fünf- und achtstägige praktische-soziale Kurse in M.-Glabach und sonst draußen im Lande finden alljährlich statt. Als Spezialkursus für die eigentlich Loszulassenden geht daneben ein zweimonatiger Unterricht in M.-Glabach her. Hier werden katholische Arbeiter und Gesellen, die das Zeug dazu in sich haben, ein echter und rechter Agitator schwarzer Sorte zu werden, gründlich volkswirtschaftlich vorgepaßt. Daneben sorgt man sich in M.-Glabach in vierzehntägigen Kursen für die Landwirte, die Kaufleute, die Handlungsgehilfen, die Lehrer und jetzt sogar für die Techniker. Die Kursbesucher werden dazu angehalten, ihren mit Weisheit bis an den Rand gefüllten Gedankenpaß dann wieder des öfteren über die harmloseren Vertrauensleute draußen im Lande auszuereen. Mit welchem Erfolge, das sieht man mitunter an dem Tone der kleinen Zentrumspreße.

Die eigentliche Münchener-Glabacher Küche sind die Räume, in denen die Zeitungskorrespondenzen hergestellt werden. In Hunderten von Exemplaren gehen wöchentlich die Sozialpolitisch Korrespondenz, die sechs bis acht Artikel und eine Anzahl Notizen über aktuelle soziale und politische Fragen bringt, und die Apologetische Korrespondenz, welche religiöse Fragen behandelt und das „Antichristentum“ bekämpft, an die Zentrumszeitungen. Dort werden sie vielfach abgedruckt, Kostenpunkt 0,0. Die Broschürenliteratur ist unter ganz bestimmten festen Maximen gut ausgebaut, „Soziale Tagesfragen“ und „Apologetische Tagesfragen“ sind gewissermaßen der broschürten Extrakt der beiden oben genannten Korrespondenzen. Für die Redner gibt es eine weitere Broschürenreihe: „Soziale Vorträge“ und „Apologetische Vorträge“, 250 und 40 ausführlich behandelte Kochrezepte für Volksvereinsvorträge. Mit diesen Waffen in den Händen zieht das Heer der kleinen Agitatoren los, so geistig bis auf ihre letzten Gedanken an die M.-Glabacher Zentrale gebunden. Für die Vereinsvorstände kommt die „Präsidentenkorrespondenz“ heraus, für die wissenschaftlich Gebildeten die „Soziale Kultur“. Für die weiblichen Mitglieder und Interessenten erscheint die „Frauenwirtschaft“, die Rentoppropaganda ist durch eine eigene Filmbilderei G. m. b. H. und eine Zeitschrift „Bild und Film“ gesichert. Den Geschäftsführern des Volksvereins geht wieder eine andere Zeitschrift zu, die „Mittelungen an die Geschäftsführer“, außerdem erhalten sie auch noch „Das Arbeitsprogramm des Volksvereins“. Politisch arbeitet einmal die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, die auch im Gebäude des Volksvereins gedruckt wird; für die Arbeiterinnen, die proletarischen (die „gebildeten“ und die gebildeten erhalten die „Frauenwirtschaft“) erscheint der „Aufwärts“. „Die Wacht“ wird für die männliche Jugend gedruckt, für die weibliche gewöhnliche Jugend gibt es den „Kranz“, für das junge Landvolk „Jungland“ und für die „besseren“ Hausfrauen „vermögender Stände“ die „Gefürchten“. Den Studenten zuliebe sind die „Sozialen Studentenblätter“ geschrieben.

Die Heranziehung der katholischen Studenten zur Vereinsarbeit ist geschickt ausgebaut, studentische Ferienkurse, studentische Volontariate für die Ferienzeit und ähnliches ist schlaumeinander angelegt. Durch Stipendien wird dafür gesorgt, daß dem Volksverein die studierten Leute nicht ausgehen! Eine besondere Art Organisation der katholisch-geistigen Beeinflussung ist die Soziale Auskunftsstelle des Volksvereins. Jede Auskunft, ganz gleich wohin sie will, wird beantwortet, die wichtigste Literatur über das gewünschte Gebiet aus der eigenen Bücherei portofrei dem Auskunftsgeber leihweise zugesandt, zu seiner Anfrage passende Druckschriften, wie Statuten, Flugblätter und ähnliches gehen ebenfalls an den Wissensdürstigen — alles in allem, ein äußerst geschickter Fernunterricht. Allein im Jahre 1912 verbreitete der Volksverein nach seiner Statistik auf die Art neben über 18 000 Auskünften auch etwa 5000 — Vortragsfliegen!

Im ganzen: welch raffinierte, auf überlegenem Geiste in der Leitung und still zur Bedenken im Glanzen in der Reize zusammengestellte Organisation, dieser katholische Volksverein! Hier wird nach dem uralten klugen Herrschaftsprinzip der katholischen Kirche, in moderne, soziale und politische Form umgeprägt, geherrscht, geherrscht im üblichen Sinne des Wortes, weil die Macht zuerst dem zweigeschichtigen Zentrum zugute kommt und der sich nach ganz stillen und zureichenden Arbeitern sehnenen Regierung lieb und angenehm ist.

Unsere große Aufgabe bleibt, den letzten Arbeiter lebendig zu machen.

Aus dem Gerichtssaal.

Der jessche Bischof. Ein eigenartiges Beitragsmandat hatte der Hausdiener Franz Chmurski kurz nach Verhängung einer Freiheitsstrafe wieder unter die Anklage des Betruges gebracht. Doch hatte das Landgericht Koblenz vor dem sich Ch. dieierhalb am 9. Dezember v. J. zu verantworten hatte, den Angeklagten freigesprochen. Der Angeklagte verhängte in der Strafanstalt zu Eberbach eine Freiheitsstrafe, die mit dem 31. Januar dieses Jahres abließ. In der Strafanstalt erhielt nun der Angeklagte, wohl auf sein ausdrückliches Verlangen, Besuch von Klosterbrüdern aus dem ganz in der Nähe der Anstalt liegenden Kloster, einer früheren Zisterzienserabtei. Den Klosterbrüdern lagte er sein Leid, indem er sagte, er sei ein Bischof und solle ungeschädigt im Gefängnis. Die Klosterbrüder glaubten ihm

dies und sorgten auf seinen Wunsch hin wenigstens dafür, daß er nach seiner Freilassung aus der Strafanstalt Unterkunft hatte. Als nun mit dem 1. Februar d. J. für den Anstaltigen der Tag der Freiheit wiederkam und er vor dem Landgericht antrat, wurde er mit offenen Armen empfangen. Man legte ihm ein Bett und ein Gewand an und gewährte ihm freie Unterkunft. Der Angeklagte nahm sogar in dieser Klosterstracht im Kloster Amtshandlungen vor, ob das irgend jemand Argwohn geschöpft hätte. Erst als der Angeklagte am 10. Februar sagte, er habe in Mainz mit einem hohen Persönlichkeit eine Zusammenkunft und benötige diesem Zwecke einer Zivilkleidung, schlopfte man Verdacht dem alsbald die Entlassung folgte. Nun hatten die Klosterbrüder ihren „Bischof“ allerdings während der zehn Tage freie Unterkunft und Verpflegung gewährt, und dadurch so auch das Kloster in seinem Vermögen geschädigt worden. Doch hat das Gericht eine Vermögensschädigung und sonderlich überhaupt einen Betrug nicht für vorliegend erachtet, da der Angeklagte in der Tat bei seinem Eintritt in das Kloster 120 Mark bares Geld abgegeben hatte. Wegen dieses Verstoßes der Vermögensschädigung war das Gericht zur Freisprechung des Angeklagten gelangt. Gegen dieses Urteil hatte der Staatsanwalt Revision eingelegt, indem er ausführte: Der Angeklagte hatte sicherlich gehofft, unentdeckt bleiben und nur für den Fall, daß er erbeidet würde, die 120 Mark als Sicherheit hinterlegt. Eine derartige Bereitwilligkeit eventueller Zahlung und Schadenserstattung schließt jedoch die Absicht des Betruges nicht aus. Das Reichsgericht hielt die Revision für begründet; es hob deshalb das Urteil auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück. Der „Hauptmann von Köpenick“ ging damals bei seinem famosen Streik viel schlauer zu Werke, als in diesem Falle der „Bischof von Eberbach“; beide schätzten jedoch die Intelligenz der zuständigen Amtspersonen, die sie überlisten wollten, nicht besonders hoch ein. Welchen genügt die Uniform. Dies letztere Vorkommnis lehrt aber, daß es im Kirchenstaate genau faul zugeht, wie im Mittelstaate.

Aus Nah und Fern.

Im Streit erschossen. In einem sogenannten Ruffenquartier in Berlin wurde im Verlaufe eines Streites der 27 Jahre alte Arbeiter Sobczyk von seinem Landsman Masurkewicz durch einen Revolvererschuß getötet. Der Täter entfloht und konnte bisher nicht ermittelt werden.

Doppelmord eines Liebespaars. In Köpenick stürzten sich der Krankenkassenkontrolleur Tinius und seine 20jährige Nichte in den Wannensee, nachdem die Frau dem Tinius von dem Liebesverhältnis der beiden Kenntnis erhalten hatte.

Luftmord. In Mülheim a. Rh. wurde die 9jährige Tochter des Gastwirts Klein ermordet aufgefunden. Es liegt ein Luftmord vor.

Beim Baden ertrunken. Der 21jährige, aus Barmstammende Student Schäfer von der Charlottenburger Technischen Hochschule nahm gestern nachmittag ein Bad im Wulensee bei Bernau. Er badete an einer von der Polizei nicht freigegebenen Stelle und ging unter. Die mehreren Personen unternommenen Rettungsversuche waren erfolglos.

Ein Doppelmörder. In Neukirch bei Miesbach hat ein 25jähriger Burche während eines Wirtschaftstreits den Gastwirt West und einen Herrn Moser erschossen. Beide sind Familienväter. Der Täter wurde verhaftet.

Bei der Fronleichnamspiegelung im siebenten Bezirk d. Stadt Wien hat sich eine Schreckensszene ereignet. Ein Motorwagen der Straßenbahn fuhr in eine Gruppe Fußgänger hineingefahren; zwölf davon sind niedergestossen und verletzt worden.

Der Brandstiftung in der Weltausstellung in Gent wird auf eine Viertel Million Francs geschätzt.

Wieder verhaftet. Die Anfängerin der „Botes Frauen“ Frau Panthurst, die am 12. April aus Gesundheitsrückichten aus der Haft entlassen worden war, ist wieder verhaftet worden, da sie gegen die Bedingungen der Haftentlassung verstoßen hat.

Die Dampferkatastrophe im Hafen von Smyrna. Die letzten der Pforte angekommenen amtlichen Telegramme besagen, befanden sich auf der „Nevada“ 11 Passagiere, von denen 83 gerettet wurden. In dem Bericht des Hafenkapitäns von Smyrna wird der Kommandant der „Nevada“ für das Unglück verantwortlich gemacht, weil er den neuen behördlichen Weisungen zuwider gehandelt habe. Amtlich wird erklärt, daß der Dampfer „Nevada“ auf eine Mine gestoßen sei, weil die Fahrtrinne verlassen habe. Nach einer anderen Darstellung ist das Schiff in der Fahrtrinne geblieben. Man befürchtet, daß Minen von der Strömung weggetragen worden sind, so daß große Gefahr für die Schiffe besteht. Kein Schiff fährt mehr in den Hafen von Smyrna ein oder aus. Die Schiffsagenten werden bei den häufigen ausländischen Missionen das Erluchen stellen, daß diese bei der Pforte intervenieren, damit die notwendigen Maßnahmen getroffen werden. Da ein russisches Schiff in Smyrna zurückgehalten wird, hat die russische Botschaft von der Pforte verlangt, daß alle Minen entfernt werden.

Gräßlicher Unfall beim Völlerschießen. In der Ortschaft Englar wurde bei einem Völlerschießen ein Arbeiter der Kopf vollständig vom Kumpfe gerissen.

Bootsunglück. Montag nachmittag unternahmen zwei Herren mit einer Dame aus Mülhausen eine Ruderpartie auf dem Rhein. Bei Weisweiler unweit Markolsheim kippte das Boot infolge Anstoßens an einen Brückenpfeiler um. Die beiden Herren konnten sich retten, während die Dame in einen Wirbel und sofort unterging.

Schiffsunfälle im Nebel. Der Nebel im Kanal hat auch den bereits gemeldeten drei Schiffsstrandungen weitere fünf Unfälle auf See zur Folge gehabt: Der englische Dampfer „Lainui“, der auf der Fahrt nach Cotuna war, stieß gestern mit dem Dampfer „Inca“, der vom Tyne nach Marset wollte, infolge starken Nebels zusammen. Auf die funktetelegraphischen Signale eilten die englischen Dampfer „Ipanza“, „Galic“ und „Garth Castle“ herbei. Die Passagiere des „Lainui“ wurden auf hoher See auf den „Garth Castle“ geholt. Alle sind wohlbehalten. — Der Dampfer „Armenian“ lief gestern morgen im Nebel auf Seven Stones Reef zwischen Lands End und Scilly auf, kam aber wieder mit eigener Kraft frei und fuhr mit zwei vollgelaufenen Schottenabteilungen nach Falmouth. Der Dampfer „Carbro“, von Huelva nach Garston unterwegs, erlitt auf dem Smalls, gegenüber von Fernbrookshire, an der Küste von Falmouth Schiffbruch. Der Kapitän und sieben Matrosen kamen in einem Boot in Milford an. Ein Boot mit einem Mann wird vermisst. Der Dampfer „Delaine“ aus Glasgow rannte im Nebel auf einen Felsen beim Dabrow Leuchtturm bei Saint Yves. Die Mannschaft rettete sich in Booten. Der uruguayische Dampfer „Olivaria“ brachte die Mannschaft des spanischen Dampfers „Pan“ nach Swansea. Der „Pan“ war zwischen Lundy Island und Hartland Point im Nebel gesunken.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Albed.